

# Selbstregulierung

# Autorégulation

# Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 08)

---

**zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung («SBVg») einerseits und den unterzeichnenden Banken («Banken») andererseits<sup>®</sup>**

vom 7. April 2008

## Einleitung

### Art. 1 Präambel

- a) Im Bestreben, das Ansehen des schweizerischen Bankgewerbes im In- und Ausland zu wahren,
  - b) in der Absicht, die bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen und im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis geltenden Regeln einer einwandfreien Geschäftsführung zu umschreiben,
  - c) im Willen, einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zu leisten,
- verpflichten sich die Banken gegenüber der SBVg als der mit der Wahrung der Interessen und des Ansehens des schweizerischen Bankgewerbes betrauten Dachorganisation in diesen Standesregeln
- a) ihre Vertragspartner zu identifizieren und in Zweifelsfällen eine Erklärung des Vertragspartners über den an den Vermögenswerten wirtschaftlich Berechtigten einzuholen;
  - b) keine aktive Beihilfe zur Kapitalflucht zu leisten;
  - c) keine aktive Beihilfe zu Steuerhinterziehung und dergleichen zu leisten durch Abgabe von unvollständigen oder irreführenden Bescheinigungen.

### 1 Örtlicher Geltungsbereich

<sup>1</sup>Den Standesregeln unterstehen die beigetretenen Banken und Effektenhändler mit sämtlichen in der Schweiz domizilierten Geschäftsstellen, nicht aber ihre ausländischen Zweigniederlassungen, Vertretungen und Tochtergesellschaften (vgl. aber Ziff. 11, 19 und 21).

<sup>2</sup>Die Banken dürfen ihre ausländischen Zweigniederlassungen und ihre ausländischen, im Bank- oder Finanzbereich tätigen Konzern-

gesellschaften nicht dazu missbrauchen, diese Vereinbarung zu umgehen.

## 2 Verhältnis zu anderen Erlassen

Die Standesregeln ändern nichts an der Pflicht, das Bankgeheimnis zu wahren. Sie können und wollen nicht

- a) die ausländische Devisen-, Fiskal- und Wirtschaftsgesetzgebung gleichsam zum Bestandteil des schweizerischen Rechts erheben und für die Schweizer Banken beachtlich erklären (soweit dies nicht durch die geltenden Staatsverträge und die schweizerische Gesetzgebung erfolgt ist);
- b) die gegenwärtige Gerichtspraxis auf dem Gebiete des internationalen Rechts unterlaufen;
- c) bestehende zivilrechtliche Verhältnisse zwischen Bank und Vertragspartner ändern.

## 3 Abgrenzung zum GwG und zur GwV EBK

In den Standesregeln sind geltende Regeln einer den guten Sitten entsprechenden Bankführung verbindlich festgelegt. Sie sollen bestimmte im Geldwäschereigesetz geregelte Sorgfaltspflichten (Art. 3–5 GwG) sowie den Begriff der «nach den Umständen gebotenen Sorgfalt» bei der Entgegennahme von Vermögenswerten (Art. 305<sup>ter</sup> StGB) konkretisieren<sup>1</sup>. Die besonderen Abklärungspflichten bei Geschäftsbeziehungen oder Transaktionen mit erhöhtem Risiko sind Gegenstand der GwV EBK. Das normale Bankgeschäft soll dadurch nicht erschwert werden.

## 4 Kommentare zu den Standesregeln

Zur VSB 08 liegt ein von der SBVg verfasster Kommentar zu einzelnen Artikeln und Randziffern vor. Dieser Kommentar ist als Materialie bei der Auslegung der Standesregeln zu berücksichtigen.

# A Identifizierung des Vertragspartners und Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

## Art. 2 Identifizierung des Vertragspartners

<sup>1</sup> Die Banken sind verpflichtet, bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung den Vertragspartner zu identifizieren.

<sup>1</sup> Über die sinngemässe Anwendung der VSB auf das Geschäft der Kreditkartenorganisationen bestehen separate Regeln.

**2** Dies gilt für:

- a) die Eröffnung von Konten oder Heften;
- b) die Eröffnung von Depots;
- c) die Vornahme von Treuhandgeschäften;
- d) die Vermietung von Schrankfächern;
- e) die Annahme von Aufträgen zur Verwaltung von Vermögen, die bei Dritten liegen;
- f) die Ausführung von Handelsgeschäften über Effekten, Devisen sowie Edelmetalle und andere Waren (Commodities) über Beträge von mehr als CHF 25 000.–;
- g) Kassageschäfte über Beträge von mehr als CHF 25 000.–.

**3** Ein bereits korrekt identifizierter Vertragspartner, welcher zusätzliche Geschäftsbeziehungen eröffnet, muss nicht erneut identifiziert werden. Dies gilt auch für die Überprüfung der Identität der Eröffner und Kenntnissnahme von Bevollmächtigungsbestimmungen gemäss Ziff. 14 und die Eröffnung von Geschäftsbeziehungen gemäss Ziff. 15.

#### 5 Inhabersparhefte

Die Eröffnung neuer Inhabersparhefte ist verboten. Bestehende Inhabersparhefte sind bei deren ersten physischen Vorlage zu kündigen. Bei Inhabersparheften ist im Weiteren zu identifizieren, wer Rückzüge tätigt; Einlagen dürfen nicht mehr entgegengenommen werden.

#### 6 Effekten

Unter Effekten sind vereinheitlichte und zum massenweisen Handel geeignete Wertpapiere, nicht verurkundete Rechte mit gleicher Funktion (Wertrechte) und Derivate zu verstehen (vgl. Art. 2 lit. a BEHG). Zudem fallen darunter auch nicht standardisierte Finanzprodukte.

#### 7 Kassageschäfte

Unter Kassageschäften sind Bargeschäfte am Schalter (Geldwechsel, Kauf und Verkauf von Edelmetall, Barzeichnung von Kassa- und Anleiheobligationen, Barverkauf von Travellerchecks, Bareinlösen von Checks usw.) zu verstehen. Bareinzahlungen und Barbezüge in Verbindung mit bestehenden Konten/Heften sowie Ein- und Auslieferungen verbriefter Effekten in Verbindung mit bestehenden Depots gelten nicht als Kassageschäfte (Ziff. 5 bleibt vorbehalten).

8 Identifizierungspflicht unabhängig von Mindestgrenzen

**1** Bei Geschäften unterhalb der Mindestgrenzen (Art. 2 Abs. 2, lit. f und g) ist der Vertragspartner zu identifizieren, wenn offensichtlich versucht wird, die Identifizierung zu umgehen, indem ein Betrag auf mehrere Transaktionen verteilt wird (sog. Smurfing).

**2** Bestehen Verdachtsmomente, dass Vermögenswerte aus Quellen stammen, wie sie in Art. 9 Abs. 1 GwG aufgeführt sind, so ist der Vertragspartner unabhängig von Mindestgrenzen (Art. 2 Abs. 2, lit. f und g) oder Ausnahmen von der formellen Identifizierung (Ziff. 18) zu identifizieren.

## **1. Natürliche Personen**

9 Identifizierung bei persönlicher Vorsprache

Bei persönlicher Vorsprache identifiziert die Bank den Vertragspartner, indem sie einen amtlichen Ausweis mit Fotografie (Pass, Identitätskarte, Führerausweis o. ä.) einsieht und fotokopiert sowie die nach Ziff. 22 erforderlichen Angaben festhält.

10 Identifizierung bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung auf dem Korrespondenzweg

Wird die Geschäftsbeziehung auf dem Korrespondenzweg oder über Internet aufgenommen, so identifiziert die Bank den Vertragspartner, indem sie sich eine echtheitsbestätigte Kopie eines Identifikationsdokuments im Sinne von Ziff. 9 zustellen lässt und die Wohnsitzadresse des Vertragspartners durch Postzustellung oder auf andere, gleichwertige Weise überprüft.

11 Aussteller von Echtheitsbestätigungen

**1** Die Echtheit der Kopie des Identifikationsdokuments kann bestätigt werden durch

- a) eine Zweigniederlassung, Vertretung oder Konzerngesellschaft der Bank,
- b) eine Korrespondenzbank oder einen anderen Finanzintermediär, der von der eröffnenden Bank zu diesem Zweck anerkannt wird,
- c) einen Notar oder eine andere öffentliche Stelle, die solche Echtheitsbestätigungen üblicherweise ausstellt.

<sup>2</sup> Als gültige Identifizierung gilt auch eine bei der Postzustellung oder -abholung anhand eines amtlichen Ausweises erfolgte Identifizierung, sofern damit die Zustellung ausschliesslich an den Adressaten gewährleistet ist.

## **2. Juristische Personen und Personengesellschaften**

12 Identifizierung bei Eintrag im schweizerischen Handelsregister oder in einem gleichwertigen ausländischen Register

Wird eine Geschäftsbeziehung mit einer im schweizerischen Handelsregister oder einem gleichwertigen ausländischen Register eingetragenen juristischen Person oder Personengesellschaft aufgenommen, identifiziert die Bank den Vertragspartner entweder mit einem durch den Registerführer ausgestellten Registerauszug oder einem schriftlichen Auszug aus einer durch die Registerbehörde, eine Aufsichtsbehörde oder durch einen vertrauenswürdigen Privaten geführten Datenbank.

13 Identifizierung ohne Eintrag im schweizerischen Handelsregister oder in einem gleichwertigen ausländischen Register

Nicht im schweizerischen Handelsregister oder einem gleichwertigen ausländischen Register eingetragene juristische Personen oder Personengesellschaften sind entweder anhand eines schriftlichen Auszugs aus einer durch die Aufsichtsbehörde oder aus einer durch einen vertrauenswürdigen Privaten geführten Datenbank, der Statuten oder anhand von gleichwertigen Dokumenten zu identifizieren.

14 Überprüfung der Identität der Eröffner und Kenntnisnahme von Bevollmächtigungsbestimmungen

<sup>1</sup> Bei juristischen Personen oder Personengesellschaften ist zudem die Identität der natürlichen Personen, welche die Geschäftsbeziehung eröffnen, zu überprüfen. Dies kann mittels Kopie eines Dokumentes im Sinne von Ziff. 9 resp. einer echtheitsbestätigten Kopie eines Identifikationsdokuments im Sinne von Ziff. 10 erfolgen.

<sup>2</sup> Die Identität des Eröffners kann auch mittels Echtheitsbestätigung der Unterschrift überprüft werden, wobei die in Ziff. 11 der Standes-

regeln genannten Personen/Institutionen eine solche Bestätigung ausstellen können.

**3** Bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen mit juristischen Personen muss die Bank zudem die Bevollmächtigungsbestimmungen der Vertragspartei zur Kenntnis nehmen und dokumentieren.

**4** Bei Geschäftsbeziehungen zu spezialgesetzlich beaufsichtigten Finanzintermediären im Sinne von Ziff. 34 können anstelle des Verfahrens gemäss Ziff. 14 Abs. 1–3 Unterschriftenbücher, elektronische Schlüssel oder andere geschäftsübliche Mittel ausgetauscht werden.

15 Identifizierung bei einfachen Gesellschaften, sich in Gründung befindenden Gesellschaften sowie Trustees

**1** Bei einfachen Gesellschaften sind diejenigen Personen zu identifizieren, welche gegenüber der Bank zeichnungsberechtigt sind.

**2** Bei sich in Gründung befindenden Gesellschaften sind diejenigen Personen zu identifizieren, welche die Geschäftsbeziehung eröffnen.

**3** Bei Trustbeziehungen ist der Trustee zu identifizieren. Zudem hat der Trustee schriftlich (z. B. mittels Formular T) zu bestätigen, dass er berechtigt ist, für den Trust eine Geschäftsbeziehung bei der Bank zu eröffnen.

16 Aktualität des Handelsregisterauszuges oder eines gleichwertigen Ausweises

Der Handelsregisterauszug oder der gleichwertige Ausweis darf nicht älter als 12 Monate sein. Ein älterer Ausweis kann zusammen mit einem bis 12 Monate alten Testat einer Prüfgesellschaft verwendet werden.

17 Allgemein bekannte juristische Personen

**1** Ist die Identität einer juristischen Person als Vertragspartnerin allgemein bekannt, so kann anstelle des Verfahrens gemäss Ziff. 12–14 die Tatsache, dass die Identität allgemein bekannt ist, aktenkundig festgehalten werden. Die Identität gilt insbesondere dann als allgemein bekannt, wenn die Vertragspartnerin eine Publikumsgesellschaft oder direkt oder indirekt mit einer solchen verbunden ist.

<sup>2</sup>Das vereinfachte Verfahren gemäss Abs. 1 ist bei Sitzgesellschaften unzulässig, ausser bei solchen, die direkt oder indirekt mit einer Publikumsgesellschaft verbunden sind.

### 3. Sonderfälle

18 Minderjähriger Kontoinhaber sowie  
Mieterkautionskonto

Die Identität eines Vertragspartners braucht nicht formell geprüft zu werden bei Eröffnung

- a) eines Kontos, Depots oder Heftes lautend auf den Namen eines Minderjährigen durch eine mündige dritte Person, sofern im Zeitpunkt der Eröffnung Vermögenswerte von höchstens CHF 25 000.– eingebracht werden; stattdessen ist die eröffnende mündige Person zu identifizieren; Ziff. 22 ist sinngemäss anwendbar; eröffnet der Minderjährige selbst ein Konto, Depot oder Heft, ist dieser selbst zu identifizieren;
- b) eines Mieterkautionskontos für ein in der Schweiz gelegenes Mietobjekt;

19 Konzerninterne Identifizierung

Ist ein Vertragspartner konzernintern in gleichwertiger Weise, d. h. unter Anwendung eines dieser Vereinbarung entsprechenden Sorgfaltsstandards, bereits identifiziert worden, so ist ein erneutes Verfahren gemäss Ziff. 9–15 nicht nötig. In diesen Fällen müssen bei den betroffenen Konzerneinheiten Kopien der ursprünglichen Identifikationsakten vorliegen. Vorbehalten bleiben Fälle, wo die gesetzlichen Bestimmungen diesen Datentransfer nicht zulassen.

20 Identifizierung auf andere zweckdienliche Weise

Kann ausnahmsweise die Identität eines Vertragspartners nicht auf die vorgeschriebene Weise ermittelt werden, z. B. weil eine Person über keine Identifikationspapiere verfügt oder weil über eine öffentlichrechtliche Korporation oder Anstalt keine entsprechenden Unterlagen bestehen, so kann die Bank die Identität auf andere zweckdienliche Weise überprüfen, indem sie andere beweiskräftige Dokumente einsieht oder von öffentlichen Stellen entsprechende Bestätigungen oder für eine juristische Person das letzte Testat einer anerkannten Prüfgesellschaft einholt. Bestätigungen und Kopien von Ersatzdokumenten sind zu den Akten zu



nehmen; ausserdem ist die Ausnahmesituation in einer Aktennotiz zu begründen.

#### **4. Allgemeine Identifizierungsvorschriften und Überwachung**

##### 21 Delegation der Identifizierung

**1** Die Bank darf die Identifizierung mittels einer schriftlichen Vereinbarung an Personen oder Unternehmen delegieren, wenn

- a) sie diese über ihre Aufgaben instruiert hat, und
- b) sie kontrollieren kann, ob die Identifizierungen richtig durchgeführt werden.

**2** Der Beauftragte hat die Identifikationsakten an die Bank zu übermitteln und zu bestätigen, dass übermittelte Kopien mit den Originalen übereinstimmen.

**3** Eine Weiterdelegation durch den Beauftragten ist ausgeschlossen.

**4** Innerhalb eines Konzerns bzw. einer Gruppe kann die Identifizierung ohne Delegationsvertrag übertragen werden.

##### 22 Dokumentationspflicht

Auf geeignete Weise festzuhalten sind Name, Vorname, Geburtsdatum, Nationalität und Wohnsitzadresse bzw. Firma und Domiziladresse des Vertragspartners, ebenso die Mittel, anhand derer die Identität geprüft worden ist. Stammt ein Vertragspartner aus einem Land, wo Geburtsdaten oder Wohnsitz- bzw. Domiziladressen nicht verwendet werden, entfallen diese Angaben. Die Fotokopie des amtlichen Ausweises und anderer Identifikationsakten sind aufzubewahren.

##### 23 Sicherstellungspflicht

**1** Die Bank hat sicherzustellen, dass die Vornahme der Identifizierung ausreichend und nachvollziehbar dokumentiert ist.

**2** Bestandteil dieser Sicherstellungspflicht ist u. a., dass der Eingang der Identifikationsdokumente bei der Bank oder deren Verfügbarkeit im System der Bank nachvollziehbar festgehalten werden.

24 Zeitpunkt der Erfüllung der Dokumentationspflicht  
Grundsätzlich müssen alle für die Identifizierung erforderlichen Dokumente vollständig und in gehöriger Form vorliegen, bevor ein Konto benützt werden darf. Fehlen lediglich einzelne Angaben, so darf das Konto ausnahmsweise benützt werden, doch sind diese Angaben so rasch wie möglich zu beschaffen. Spätestens nach 90 Tagen wird das Konto für alle Zu- und Abgänge gesperrt, bis die Unterlagen bei der Bank vollständig vorhanden sind. Die Bank kann zudem die Geschäftsbeziehung auflösen, soweit Art. 9 ff. GwG der Auflösung nicht entgegensteht (vgl. auch Art. 6 Abs. 4 dieser Standesregeln).

### **Art. 3** Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

**1** Die Bank darf von der Vermutung ausgehen, dass der Vertragspartner mit dem wirtschaftlich Berechtigten identisch ist. Ist der Vertragspartner nicht mit dem wirtschaftlich Berechtigten identisch oder bestehen daran Zweifel, verlangen die Banken vom Vertragspartner mittels Formular A eine schriftliche Erklärung darüber, wer der wirtschaftlich Berechtigte sei.

**2** Dies gilt für:

- a) die Eröffnung von Konten oder Heften;
- b) die Eröffnung von Depots;
- c) die Vornahme von Treuhandgeschäften;
- d) die Annahme von Aufträgen zur Verwaltung von Vermögen, die bei Dritten liegen;
- e) die Ausführung von Handelsgeschäften über Effekten, Devisen sowie Edelmetalle und andere Waren (Commodities) über Beträge von mehr als CHF 25 000.–.

**3** Bei Kassageschäften im Sinne von Art. 2 über Beträge von mehr als CHF 25 000.– ist immer eine Erklärung des Vertragspartners über den wirtschaftlich Berechtigten zu verlangen. Die Banken halten die Erklärung des Vertragspartners schriftlich fest. Es steht ihnen frei, ob sie dafür das Formular A verwenden wollen oder nicht.

**4** Sind an einer Geschäftsbeziehung einfache Gesellschaften und nicht im Handelsregister eingetragene Gemeinschaften wirtschaftlich berechtigt, muss keine Erklärung über den wirtschaftlich Berechtigten eingeholt werden, wenn die Berechtigung der

einfachen Gesellschaft oder der Gemeinschaft schriftlich festgehalten wird und die unter dieser Beziehung verbuchten Guthaben CHF 25 000.– nicht übersteigen.

25 Zweifel an der Identität zwischen Vertragspartner und wirtschaftlich Berechtigtem

<sup>1</sup> Die Vermutung, dass der Vertragspartner und der wirtschaftlich Berechtigte identisch sind, wird zerstört, wenn ungewöhnliche Feststellungen gemacht werden.

<sup>2</sup> Ungewöhnliche Feststellungen liegen vor,

- a) wenn einer Person, welche nicht erkennbar in einer genügend engen Beziehung zum Vertragspartner steht, eine Vollmacht erteilt wird; Verwaltungsvollmachten, welche lediglich Transaktionen innerhalb einer Geschäftsbeziehung, aber keine Geldrückzüge erlauben, sind davon nicht erfasst;
- b) sofern die mitgebrachten oder in Aussicht gestellten Werte ausserhalb des der Bank bekannten finanziellen Rahmens des Vertragspartners liegen;
- c) oder wenn sich aus dem Kontakt mit dem Vertragspartner andere aussergewöhnliche Feststellungen ergeben.

26 Aufnahme der Geschäftsbeziehung mit einer natürlichen Person auf dem Korrespondenzweg

Wird eine Geschäftsbeziehung mit einer natürlichen Person auf dem Korrespondenzweg aufgenommen, ist in jedem Fall die Erklärung auf Formular A zu verlangen. Ausgenommen sind die in Ziff. 18 genannten Spezialfälle.

27 Zu dokumentierende Angaben

<sup>1</sup> Erklärt der Vertragspartner, ein Dritter sei der wirtschaftlich Berechtigte, so sind dessen Name, Vorname, Geburtsdatum, Nationalität, Wohnadresse und Domizilstaat bzw. Firma, Domiziladresse und Domizilstaat mittels Formular A festzuhalten. Art. 3 Abs. 3 bleibt vorbehalten. Stammt ein wirtschaftlich Berechtigter aus einem Land, wo Geburtsdaten oder Wohn- bzw. Domiziladressen nicht verwendet werden, entfallen diese Angaben.

<sup>2</sup> Ausnahmsweise können die erforderlichen Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten auch durch einfache Kopien von Identifi-

kationsdokumenten oder einfache Kopien anderer von einer Behörde ausgestellter Dokumente gemäss Ziff. 9 ff. beigebracht werden. In diesen Fällen müssen auf dem Formular A mindestens Name und Vorname resp. die Firma enthalten sein.

<sup>3</sup> Die Bank darf die Konto-/Depotnummern auch nachträglich auf einem bereits ausgefüllten und unterzeichneten Formular anbringen.

#### 28 Unterzeichnung des Formulars A

Das Formular A kann vom Vertragspartner oder von einem durch diesen Bevollmächtigten (mit schriftlicher Einzel- oder Generalvollmacht) unterzeichnet werden. Im Falle von juristischen Personen ist das Formular A oder die Vollmacht durch in der Gesellschaftsdokumentation genannte Zeichnungsberechtigte zu unterzeichnen.

#### 29 Ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit der Erklärung des Vertragspartners

Bleiben ernsthafte Zweifel, ob die Erklärung des Vertragspartners richtig ist und können diese nicht durch weitere Abklärungen ausgeräumt werden, so lehnt die Bank die Aufnahme der Geschäftsbeziehung oder die Ausführung des Geschäftes ab.

#### 30 Musterformular A

Das Formular A findet sich im Anhang dieser Standesregeln.

#### 31 Eigenes Formular A

Es steht den Banken frei, eigene, ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende Formulare zu verwenden. Diese müssen einen gleichwertigen Inhalt wie das Musterformular enthalten.

#### 32 Sammelkonten und Sammeldepots

<sup>1</sup> Im Falle von Sammelkonten und Sammeldepots hat der Vertragspartner der Bank eine vollständige Liste der wirtschaftlich Berechtigten mit den Angaben gemäss Ziff. 27 abzugeben und Mutationen der Bank unverzüglich mitzuteilen.

<sup>2</sup> Nicht als Sammelkonti gelten Konti von operativen Gesellschaften, über welche Transaktionen im Zusammenhang mit berufsmässigen Dienstleistungen wie Inkasso, Immobilienverwaltung, Factoring etc. abgewickelt werden. Konti von regulierten Geldtransfer- und Geld-

transportunternehmen gelten ebenfalls nicht als Sammelkonti. Die Bank hält diesen Sachverhalt aktenkundig fest.

33 Kollektive Anlageformen und Beteiligungsgesellschaften

**1** Hat eine kollektive Anlageform oder Beteiligungsgesellschaft 20 oder weniger Investoren, so müssen diese als wirtschaftlich Berechtigte festgestellt werden.

**2** Kollektive Anlageformen und Beteiligungsgesellschaften, die an einer Börse kotiert sind, haben keine Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung abzugeben. Ebenso kann die Bank auf die Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten verzichten, wenn für eine kollektive Anlageform oder Beteiligungsgesellschaft ein Finanzintermediär im Sinne von Ziff. 34 als Promoter oder Sponsor auftritt und die Anwendung angemessener Regeln in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung nachweist.

34 Banken und andere Finanzintermediäre sowie schweizerische Behörden als Vertragspartner

**1** Banken und Effektenhändler mit Sitz in der Schweiz oder im Ausland haben grundsätzlich keine Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung abzugeben. Für ihre Definition gelten die jeweiligen Spezialgesetze des Domizillandes. Erklärungen über die wirtschaftliche Berechtigung sind jedoch zu verlangen, wenn eine Bank oder ein Effektenhändler, die keiner angemessenen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung unterstehen, für ungenannte Kunden Unterkonten führen lässt.

**2** Andere Finanzintermediäre mit Sitz bzw. Wohnsitz in der Schweiz haben keine Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung abzugeben. Dasselbe gilt für im Ausland domizilierte andere Finanzintermediäre, die einer angemessenen Aufsicht und einer angemessenen Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung unterstehen. Von einer angemessenen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung darf auch dann ausgegangen werden, wenn der ausländische Finanzintermediär Teil eines konsolidiert beaufsichtigten Konzerns ist, dessen Muttergesellschaft ihr

Domizil in einem Land hat, das über eine angemessene Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung verfügt.

**3** Als inländische andere Finanzintermediäre gelten Finanzintermediäre im Sinne von Art. 2 Abs. 2 sowie Art. 2 Abs. 4 lit. B GwG. Für die Definition der ausländischen Finanzintermediäre gelten die entsprechenden Spezialgesetze des Domizillandes.

**4** Ergeben sich Hinweise für Missbräuche einer Bank, eines Effektenhändlers oder eines anderen Finanzintermediärs oder liegen generelle Warnungen der Eidgenössischen Bankenkommision oder der SBVG über einzelne Institute oder über Institute eines bestimmten Landes vor, so sind auch von diesen eine Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung einzuholen oder andere Massnahmen zu ergreifen.

**5** Schweizerische Behörden haben keine Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung abzugeben.

35                    Delegation der Feststellung des wirtschaftlich  
Berechtigten und Zeitpunkt der Erfüllung der  
Dokumentationspflicht

**1** Die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten kann an Dritte delegiert werden. Sie kann unter analoger Anwendung der Vorschriften von Ziff. 21 vorgenommen werden.

**2** Ziff. 24 ist auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten sinngemäss anwendbar.

36                    Sicherstellungspflicht

**1** Die Bank hat sicherzustellen, dass die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten ausreichend und nachvollziehbar dokumentiert ist.

**2** Bestandteil dieser Sicherstellungspflicht ist u. a., dass der Eingang der Dokumente zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten bei der Bank oder deren Verfügbarkeit im System der Bank nachvollziehbar festgehalten werden.

37 Sonderregel für Sitzgesellschaften und Träger von Berufsgeheimnissen

Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen über die Sitzgesellschaften und die Träger von Berufsgeheimnissen (Art. 4 und 5, Ziff. 38–46).

**Art. 4** Verfahren bei Sitzgesellschaften

**1** Als Sitzgesellschaften im Sinne dieser Vereinbarung gelten, unter Vorbehalt von Absatz 2, alle in- oder ausländischen juristischen Personen, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Trusts/Treuhandunternehmungen und ähnlichen Verbindungen, die kein Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben.

**2** Juristische Personen und Gesellschaften, welche die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder oder ihrer Begünstigten in gemeinsamer Selbsthilfe bezwecken oder politische, religiöse, wissenschaftliche, künstlerische, gemeinnützige, gesellige oder ähnliche Zwecke verfolgen, gelten nicht als Sitzgesellschaften, solange sie ausschliesslich die genannten statutarischen Zwecke verfolgen.

**3** Von in- und ausländischen Sitzgesellschaften sind zu verlangen:

- a) zur Identifizierung ein Handelsregisterauszug oder ein gleichwertiges Dokument (vgl. Ziff. 12–16);
- b) zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten eine Erklärung vom Vertragspartner mittels Formular A resp. T oder eines inhaltlich gleichwertigen Dokumentes im Sinne von Ziff. 31 resp. 43 darüber, wer an den Vermögenswerten wirtschaftlich berechtigt sei.

**4** Kennt die Bank den wirtschaftlich Berechtigten und verfügt sie über die Angaben gemäss Ziff. 27, so kann sie diese unter Verzicht auf das Formular A in einer Aktennotiz festhalten.

38 Begriff der Sitzgesellschaft

**1** Indizien für das Vorliegen einer Sitzgesellschaft sind gegeben, wenn

- a) keine eigenen Geschäftsräume bestehen (c/o-Adresse, Sitz bei einem Anwalt, bei einer Treuhandgesellschaft, bei einer Bank usw.) oder
- b) kein eigenes Personal angestellt ist.

<sup>2</sup>Qualifiziert die Bank den Vertragspartner trotz Vorliegen eines oder beider Indizien gemäss Abs. 1 nicht als Sitzgesellschaft, hält sie den Grund dafür aktenkundig fest.

39 Holdinggesellschaften, Immobiliengesellschaften, etc.

Nicht als Sitzgesellschaften gelten insbesondere Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Trusts/Treuhandunternehmungen, die eine oder mehrere Gesellschaften, welche einen Betrieb des Handels, der Fabrikation oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe führen, mehrheitlich halten und deren Zweck nicht hauptsächlich in der Verwaltung von Vermögen Dritter besteht. Diese Bestimmung ist analog auf Gesellschaften anwendbar, die Immobilien halten und verwalten. Die Bank hält diesen Sachverhalt aktenkundig fest.

40 Wirtschaftlich Berechtigter an einer Sitzgesellschaft  
Wirtschaftlich Berechtigter an einer Sitzgesellschaft kann eine natürliche Person sein oder eine juristische Person, welche ein Handels-, Fabrikations- oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt. Eine Sitzgesellschaft kann selbst nicht wirtschaftlich Berechtigte sein.

41 Art der Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten  
Die wirtschaftlich Berechtigten sind im Sinne der Ziff. 27 und 28 festzustellen und festzuhalten. Ziff. 29 ist anwendbar.

42 Börsenkotierte Gesellschaften  
Ist eine Sitzgesellschaft an einer Börse kotiert, so müssen die daran wirtschaftlich Berechtigten nicht festgestellt werden.

43 Vermögenswerte ohne wirtschaftliche Berechtigung bestimmter Personen

<sup>1</sup>Bei Personenverbindungen oder Vermögenseinheiten und Stiftungen, an denen keine wirtschaftliche Berechtigung bestimmter Personen besteht (z.B. bei Discretionary Trusts), ist anstelle der Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten vom Vertragspartner eine schriftliche Erklärung zu verlangen, welche diesen Sachverhalt bestätigt. Die Erklärung hat ferner Angaben zu enthalten über effektive (nicht treuhänderische) Gründer und, falls bestimmbar, Personen, die dem Vertragspartner oder seinen Organen gegenüber



instruktionsberechtigt sind, sowie den Kreis von Personen, die als Begünstigte in Frage kommen können (kategorieweise, z. B. «Familienghörige des Gründers»). Sind Kuratoren, Protektoren usw. vorhanden, sind sie in der Erklärung aufzuführen.

**2** Für diese Erklärung kann das Formular T verwendet werden. Das Formular T findet sich im Anhang dieser Landesregeln. Es steht den Banken frei, eigene, ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende Formulare zu erstellen. Diese müssen einen gleichwertigen Inhalt wie das Musterformular enthalten.

**44**                    Vorgehen bei widerrufbaren Konstruktionen  
Bei widerrufbaren Konstruktionen (z. B. Revocable Trusts) sind die widerrufsberechtigten Personen als wirtschaftlich Berechtigte aufzuführen.

**45**                    Änderung der Unterschriftsberechtigung  
Ändert im Geschäftsverkehr mit der Bank die Unterschriftsberechtigung für eine Sitzgesellschaft, so hat die Bank das Verfahren von Art. 4 Abs. 3 lit. b zu wiederholen, wenn sie Feststellungen im Sinne von Art. 6 Abs. 1 macht. Gelingt es nicht, über die wirtschaftliche Berechtigung Klarheit zu schaffen, ist Art. 6 Abs. 3 anwendbar.

**Art. 5**                    Berufsheimnisträger

Die Banken können auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten bei Konten oder Depots, die im Namen von in der Schweiz zugelassenen Rechtsanwälten sowie Notaren oder in Gesellschaftsform organisierten Anwaltsfirmen sowie Notariatsfirmen für Rechnung deren Klienten geführt werden, verzichten, sofern diese gegenüber der Bank schriftlich bestätigen, dass

- a) sie an den eingebuchten Werten nicht selber wirtschaftlich berechtigt sind und
- b) sie als Rechtsanwalt oder Notar der entsprechenden kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung unterstehen und
- c) sie bezüglich der eingebuchten Vermögenswerte dem gesetzlichen Berufsheimnis (Art. 321 StGB) unterstehen und
- d) das Konto/Depot ausschliesslich der anwaltlichen bzw. notariellen Tätigkeit dient.

**1** Für die Erklärung nach Art. 5 besteht ein Formular R. Dieses findet sich im Anhang dieser Landesregeln. Es steht den Banken frei, eigene, ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende Formulare zu erstellen. Diese müssen den gleichwertigen Inhalt wie das Musterformular enthalten.

**Art. 6** Wiederholung der Identifizierung des Vertragspartners oder der Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten (Art. 2–5)

**1** Die Bank hat das Verfahren gemäss Art. 2 Ziff. 9–24 und Art. 3 und 4 Ziff. 25–45 zu wiederholen, wenn im Laufe der Geschäftsbeziehung Zweifel aufkommen,

- a) ob die gemachten Angaben über die Identität des Vertragspartners zutreffen,
- b) ob der Vertragspartner mit dem wirtschaftlich Berechtigten identisch ist, oder
- c) ob die abgegebene Erklärung über die wirtschaftliche Berechtigung zutrifft,

und diese Zweifel nicht durch allfällige Abklärungen ausgeräumt werden konnten.

**2** Stellt eine Bank fest, dass eine Erklärung im Sinne von Art. 5 dieser Vereinbarung zu Unrecht ausgestellt worden ist, so hat sie vom Vertragspartner mittels Formular A die Erklärung über den wirtschaftlich Berechtigten zu verlangen. Wird die Erklärung über den wirtschaftlich Berechtigten nicht beigebracht, so ist die Geschäftsbeziehung abzubrechen.

**3** Die Banken sind verpflichtet, die Beziehungen zum Vertragspartner abzubrechen, wenn sie feststellen, dass die Bank bei der Identifizierung des Vertragspartners getäuscht worden ist, dass ihr bewusst falsche Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten gemacht worden sind oder wenn auch nach Durchführung des Verfahrens gemäss Abs. 1 Zweifel an den Angaben des Vertragspartners weiter bestehen.

**4** Die Beziehungen zum Vertragspartner dürfen nicht mehr abgebrochen werden, wenn die Voraussetzungen der Meldepflicht (Art. 9 GWG) gegeben sind.

47 Abbruch einer laufenden Geschäftsbeziehung  
Die laufenden Beziehungen sind so rasch abzuberechnen, als es ohne Vertragsverletzung möglich ist. Ist die Bank aufgrund von Korrespondenzinstruktionen nicht in der Lage, den Vertragspartner zu erreichen, so kann sie mit dem Abbruch der Beziehungen bis zu seinem nächsten Besuch bzw. bis zur nächsten Zustellung von Korrespondenz zuwarten.

## **B Verbot der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht**

### **Art. 7 Kapitalflucht**

Die Banken dürfen keine aktive Beihilfe zum Kapitaltransfer aus Ländern leisten, deren Gesetzgebung die Anlage von Geldern im Ausland einschränkt.

### 48 Begriff der Kapitalflucht

<sup>1</sup> Kapitalflucht ist ein nicht autorisierter Kapitaltransfer in Form von Devisen, Noten oder Wertschriften aus einem Land, das diesen Transfer durch Deviseninländer ins Ausland verbietet oder beschränkt.

<sup>2</sup> Blosser Meldepflichten im Zusammenhang mit der Devisenausfuhr gelten nicht als Beschränkung des Kapitalverkehrs.

### 49 Kapitaltransfer ins Ausland

Auf den Kapitaltransfer aus der Schweiz ins Ausland ist Art. 7 nicht anwendbar.

### 50 Formen der aktiven Beihilfe

Als Formen der aktiven Beihilfe gelten

- a) der organisierte Empfang von Kunden im Ausland ausserhalb der Räumlichkeiten der Bank zwecks Entgegennahme von Geldern;
- b) die Mitwirkung im Ausland bei der Organisation von Kompensationsgeschäften, wenn die Bank weiss oder nach den gesamten Umständen wissen muss, dass die Kompensation der Kapitalflucht dient;
- c) die aktive Zusammenarbeit mit Personen und Gesellschaften, welche die Kapitalflucht für Dritte organisieren oder dazu Hilfsdienste leisten, durch

- Auftragserteilung;
  - Versprechen von Provisionen;
  - Führung ihrer Konten, wenn der Bank bekannt ist, dass diese Personen und Gesellschaften ihre Konten gewerbmässig für Zwecke der Kapitalfluchthilfe benützen;
- d) das Hinweisen des Vertragspartners auf unter lit. c genannte Personen und Gesellschaften.

51 Kundenbesuche im Ausland  
Besuche bei Kunden im Ausland sind zulässig, sofern der Beauftragte der Bank dabei weder Geld entgegennimmt, dessen Transfer verboten ist, noch Ratschläge für den illegalen Kapitaltransfer erteilt, noch an Kompensationsgeschäften mitwirkt.

52 Entgegennahme von Vermögenswerten  
in der Schweiz  
Im Übrigen dürfen Vermögenswerte ausländischer Kunden in der Schweiz entgegengenommen werden.

## **C Verbot der aktiven Beihilfe zu Steuerhinterziehung und ähnlichen Handlungen**

**Art. 8** Steuerhinterziehung und ähnliche Handlungen  
Die Banken leisten Täuschungsmanövern ihrer Vertragspartner gegenüber Behörden des In- und Auslandes, insbesondere gegenüber Steuerbehörden, weder durch unvollständige noch auf andere Weise irreführende Bescheinigungen Vorschub.

53 Unvollständige oder irreführende Bescheinigungen  
**1** Verboten ist die Abgabe unvollständiger oder in anderer Weise irreführender Bescheinigungen an den Vertragspartner selbst oder auf dessen Wunsch direkt an Behörden des In- oder Auslands.

**2** Unter Behörden sind namentlich Steuerbehörden, Zollämter, Währungs- und Bankenaufsichtsbehörden sowie Strafverfolgungsbehörden zu verstehen.

54 Zu einem besonderen Zweck erstellte sowie  
Abänderung von Bescheinigungen

**1** Unter das Verbot fallen besondere, vom Vertragspartner zuhanden von Behörden angeforderte Bescheinigungen.

**2** Routinemässig erstellte Belege, wie Konto- und Depotauszüge, Gutschrifts- und Belastungsanzeigen, Abrechnungen über Devisengeschäfte, Coupons- und Börsenabrechnungen, dürfen von der Bank nicht zu Täuschungszwecken abgeändert werden.

55 Begriff der unvollständigen Bescheinigung

**1** Bescheinigungen sind unvollständig, wenn zur Täuschung von Behörden relevante Sachverhalte unterdrückt werden, indem z. B. die Bank auf Wunsch des Vertragspartners in einer besonderen Bestätigung oder in einem Konto- oder Depotauszug einzelne Positionen weglässt.

**2** In Konto- und Depotauszügen braucht nicht erwähnt zu werden, dass für den gleichen Vertragspartner noch andere Konten oder Depots geführt werden.

56 Begriff der irreführenden Bescheinigung

Bescheinigungen sind irreführend, wenn Sachverhalte zur Täuschung von Behörden wahrheitswidrig dargestellt werden, z. B. durch

- a) falsche Datierungen, falsche Beträge, fiktive Kurse oder die Angabe falscher Gutschriftsempfänger bzw. Belasteter;
- b) Bescheinigung fiktiver Forderungen oder Schulden (gleichgültig, ob die Bescheinigung den Büchern der Bank entspricht oder nicht);
- c) Zur-Verfügung-Stellen von bankeigenen Konten, sofern dies dem Vertragspartner eine Verkürzung geschuldeter Fiskalabgaben ermöglicht.

## **D Übrige Bestimmungen**

**Art. 9** Nummernkonten

Auf unter Nummern oder Kennworten geführte Konten, Hefte, Depots und Schrankfächer sind die Vorschriften der vorliegenden Vereinbarung uneingeschränkt anwendbar.

57 Einbezug von Nummernkonten in Bestätigungen  
In Bestätigungen über die gesamten Geschäftsbeziehungen mit einem Vertragspartner sind auch die unter Nummern oder Kennworten geführten Konten und Depots, einschliesslich der Treuhandanlagen, einzubeziehen.

**Art. 10** Kontrolle durch die Prüfgesellschaften

**1** Die Eidgenössische Bankenkommission hat die Beurteilung der Einhaltung der Geldwäschereibestimmungen, zu denen auch diese Standesregeln gehören, im EBK-Rundschreiben 05/1 «Prüfung» zur Pflichtprüfung bestimmt. Die Beurteilung der Abläufe und internen Kontrollen bei der Aufnahme und Fortführung von Geschäftsbeziehungen erfolgt nach den Vorgaben im genannten Rundschreiben. Durch die Unterzeichnung dieser Standesregeln beauftragen und ermächtigen die Banken ihre Prüfgesellschaften, die Einhaltung der Standesregeln nach den in Abs. 2 ausgeführten Bestimmungen zu überprüfen und die festgestellten Verletzungen der Standesregeln gemäss Ausführungen in Absatz 3 zu melden.

**2** Die Überprüfung der Einhaltung der Art. 2–9 der Standesregeln erfolgt auf der Grundlage von jährlichen Einhalteprüfungen. Gegenstand der Einhalteprüfungen sind Geschäftsbeziehungen, welche seit den Prüfungshandlungen der vorangegangenen Prüfung neu aufgenommen wurden. Bei der Bestimmung des Stichprobenumfangs wie auch bei der Prüfung ist ein risikoorientierter Ansatz anzuwenden. Dabei sind insbesondere die Art der Geschäftstätigkeit sowie die Anzahl und der Umfang der seit der vorausgehenden Prüfung neu aufgenommenen Geschäftsbeziehungen zu berücksichtigen. Die Prüfungshandlungen werden mit der Internen Revision der Bank koordiniert. Die Prüfgesellschaft hat mindestens die Hälfte des Stichprobenumfangs zu prüfen.

**3** Bei der Feststellung von Bagatellfällen nach Art. 11 im Rahmen der nach Art. 10 der Standesregeln durchgeführten Prüfungshandlungen setzt die Prüfgesellschaft der Bank eine Wiederherstellungsfrist von maximal sechs Monaten ab Mitteilung an die Bank. Auf begründetes Gesuch hin kann die Frist einmal verlängert werden. Wird der Mangel innert dieser Frist nicht behoben, so meldet die Prüfgesellschaft diesen der nach Art. 12 der Standesregeln einge-

setzten Aufsichtskommission sowie der Eidgenössischen Bankenkommision. Die Meldung ist innerhalb eines Monats nach Ablauf der Wiederherstellungsfrist zu erstatten.

**4** Stellt die Prüfgesellschaft nicht als Bagatellfälle zu qualifizierende Verstösse gegen die Vorschriften der Standesregeln fest, so meldet sie diese der nach Art. 12 der Standesregeln eingesetzten Aufsichtskommission sowie der Eidgenössischen Bankenkommision. Die Meldung ist innerhalb eines Monats, nachdem der Verstoss festgestellt wurde, zu erstatten.

#### **Art. 11** Verletzung der Standesregeln, Sanktionen

**1** Im Falle der Verletzung der Standesregeln hat die fehlbare Bank an die SBVg eine Konventionalstrafe von bis zu CHF 10 Mio. zu leisten. Bei der Bemessung der Konventionalstrafe sind die Schwere der Verletzung, der Grad des Verschuldens und die Vermögenslage der Bank gebührend zu berücksichtigen. Ausserdem ist von anderen Instanzen in der gleichen Sache verhängten Massnahmen Rechnung zu tragen. Die Höhe der Konventionalstrafe wird im Verfahren gemäss Art. 12 und allenfalls gemäss Art. 13 bestimmt. Die SBVg wendet die Konventionalstrafen nach Deckung des allfälligen Defizits der Kostenrechnung einem von ihr zu bestimmenden gemeinnützigen Zwecke zu.

**2** In Bagatellfällen ist gegen die fehlbare Bank anstelle der Konventionalstrafe ein Verweis auszusprechen oder das Verfahren ohne Sanktion einzustellen. Ein Bagatellfall liegt insbesondere dann vor, wenn der Zweck der Standesregeln, nämlich die Identifizierung der Vertragspartei sowie die Feststellung der wirtschaftlichen Berechtigung, trotz formellen Mängeln erreicht worden ist. Ein Bagatellfall liegt beispielsweise vor,

- a) wenn mehr als 12 Monate alte Dokumente zur Identifizierung einer juristischen Person oder Personengesellschaft verwendet wurden;
- b) wenn ein unvollständig oder nicht korrekt ausgefülltes Formular A, verwendet wurde, sofern Name und Vorname (resp. Firma) des wirtschaftlich Berechtigten aufgeführt sind und der Vertragspartner das Formular unterzeichnet hat; analog ist ein unvollständig ausgefülltes Formular T zu behandeln;

- c) wenn die unter dieser Beziehung verbuchten Guthaben CHF 25 000.– nicht übersteigen,
- d) wenn das Vorliegen eines Sachverhaltes gemäss Ziff. 17 Abs. 1, 32 Abs. 2, 38 Abs. 2 oder Ziff. 39 nicht aktenkundig gemacht ist.

<sup>3</sup> Bei Verstössen gegen Art. 6–8 wird eine Sanktion nur ausgesprochen, wenn sie vorsätzlich erfolgt sind.

<sup>4</sup> Die Verletzung der Standesregeln wird nicht mehr verfolgt, wenn sie mehr als 5 Jahre zurückliegt. Bei Verstössen gegen die Pflicht zur Identifizierung des Vertragspartners und zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten beginnt die 5-Jahres-Frist mit der Behebung des Verstosses bzw. der Beendigung der Geschäftsbeziehung zu laufen.

<sup>5</sup> Gemäss dem in dieser Vereinbarung geregelten Verfahren werden ebenfalls beurteilt:

- a) Verletzungen der «Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken» von 2003
- b) Verletzungen der «Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken» von 1998, soweit die Untersuchungen vor dem 30. Juni 2008 eröffnet wurden.

Im Übrigen werden Verletzungen der Vereinbarung von 1998 oder älterer Vereinbarungen nicht mehr geahndet.

## **Art. 12**      Aufsichtskommission, Untersuchungsbeauftragte

<sup>1</sup> Für die Abklärung und Ahndung von Verletzungen dieser Standesregeln setzt die SBVg eine aus mindestens fünf Persönlichkeiten bestehende Aufsichtskommission ein. Die Mehrheit der Mitglieder der Aufsichtskommission muss unabhängig sein. Die Aufsichtskommission wählt einen oder mehrere Sekretäre und regelt deren Aufgaben.

<sup>2</sup> Die SBVg bestimmt einen oder mehrere Untersuchungsbeauftragte. Sie führen bei Verdacht auf Vertragsverletzungen die nötigen Ermittlungen durch und stellen der Aufsichtskommission Antrag, die Verletzung der Standesregeln festzustellen und eine Konventionalstrafe oder einen Verweis gegen die betroffene Bank gemäss Art. 11



auszusprechen und/oder die Untersuchung ganz oder teilweise einzustellen.

**3** Die Untersuchungsbeauftragten ermitteln, ob die Bestimmungen der VSB verletzt wurden, sind aber nicht zuständig, vorfrageweise abzuklären, ob gegen Bestimmungen der Geldwäschereiverordnung verstossen wurde.

**4** Der Untersuchungsbeauftragte ist berechtigt, das Untersuchungsverfahren in eigener Kompetenz einzustellen, wenn er zum Schluss kommt, dass keine Verletzung der Standesregeln vorliegt oder wenn kumulativ die folgenden Voraussetzungen vorliegen:

- a) es handelt sich um eine einzelne oder um vereinzelt geringfügige Verletzungen der Standesregeln (Bagatellfälle);
- b) die Verletzung oder die Verletzungen der Standesregeln lassen sich innert angemessener Frist beheben;
- c) die Bank anerkennt, dass eine Verletzung bzw. Verletzungen der Standesregeln vorliegen und verpflichtet sich, die Mängel fristgerecht zu beheben und die Kosten der Untersuchung zu tragen;
- d) die Bank hat nicht bereits gestützt auf Art. 9 GwG eine Meldung erstattet und es hat auch keine schweizerische Strafverfolgungsbehörde eigene Ermittlungen wegen Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung eingeleitet.

**5** Die Einstellung einer Untersuchung ist schriftlich zu begründen und der betroffenen Bank sowie der Aufsichtskommission mitzuteilen. Das Inkasso der Untersuchungskosten obliegt der Aufsichtskommission.

**6** Der Untersuchungsbeauftragte gibt der Bank in seinem Auskunftsbegehren bekannt, weswegen sie in die Untersuchung einbezogen wird.

**7** Ergibt das Ermittlungsverfahren Verletzungen der Standesregeln, die nicht geringfügiger Art und als Bagatellfälle zu werten sind, überweist der Untersuchungsbeauftragte die Akten der Aufsichtskommission mit dem Antrag auf Durchführung des Sanktionsverfahrens. Die Aufsichtskommission bestimmt die angemessene Konventionalstrafe in Anwendung von Art. 11.

**8** Verweigert eine Bank die Mitwirkung bei den Untersuchungshandlungen der Aufsichtskommission oder eines Untersuchungsbeauftragten, so kann die Aufsichtskommission eine Konventionalstrafe im Sinne von Art. 11 aussprechen.

**9** Unterzieht sich die fehlbare Bank dem Beschluss der Aufsichtskommission, ist das Verfahren damit erledigt. Andernfalls ist das Schiedsverfahren gemäss Art. 13 einzuleiten und durchzuführen.

**10** Die SBVg regelt das Untersuchungsverfahren, die Stellung der Untersuchungsbeauftragten und jene der von Ermittlungen betroffenen Banken in einem Untersuchungsreglement. Die Aufsichtskommission ordnet das von ihr zu führende Verfahren in einem Verfahrensreglement und bestimmt über die Kostentragung.

**11** Die Aufsichtskommission gibt von ihren Entscheiden der Eidgenössischen Bankenkommision Kenntnis. Werden Missbräuche von Berufsheimnisträgern festgestellt, so kann die Aufsichtskommission ausserdem der entsprechenden Disziplinarinstanz Mitteilung machen.

**12** Die Amtsdauer der Mitglieder der Aufsichtskommission und der Untersuchungsbeauftragten beträgt fünf Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Als Mitglieder der Aufsichtskommission, als Untersuchungsbeauftragte und Sekretäre sind nur Personen wählbar, welche das 70. Altersjahr noch nicht erreicht haben. Wird das 70. Altersjahr während einer Amtsperiode erreicht, so kann diese beendet werden.

**13** Als Beauftragte im Sinne von Art. 47 Bankengesetz haben die Mitglieder der Aufsichtskommission, der Sekretär und die Untersuchungsbeauftragten über die ihnen im Untersuchungs- und Sanktionsverfahren bekannt gewordenen Tatsachen strenge Verschwiegenheit zu wahren. Die Banken können gegenüber der Aufsichtskommission oder einem Untersuchungsbeauftragten das Bankgeheimnis nicht anrufen.

58 Orientierung über die Entscheidungspraxis der  
Aufsichtskommission

Die Aufsichtskommission orientiert die Banken und die Öffentlichkeit periodisch und unter Wahrung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses über ihre Entscheidungspraxis.

59 Interpretationen zu den Standesregeln

Die Aufsichtskommission kann – im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat der SBVg – zuhanden der Banken Interpretationen zu den Standesregeln herausgeben. Banken richten entsprechende Gesuche an die SBVg.

**Art. 13** Schiedsverfahren

**1** Wird die von der Aufsichtskommission als angemessen festgesetzte Konventionalstrafe nach Fristansetzung nicht geleistet, hat auf Klage der SBVg gegen die betreffende Bank ein Schiedsgericht mit Sitz in Basel über das Vorliegen einer Sorgfaltpflichtverletzung und die allenfalls deshalb auszufällende Vertragsstrafe endgültig zu entscheiden. Die Banken wählen zu diesem Zwecke Gerichtsstand in Basel.

**2** Die SBVg und die Bank ernennen je einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter bestimmen zusammen den Obmann des Schiedsgerichts.

**3** Das Schiedsverfahren wird eingeleitet mit der Bezeichnung des von ihr zu bestimmenden Schiedsrichters durch die SBVg.

**4** Falls eine Partei ihren Schiedsrichter nicht innert 30 Tagen seit Erhalt der schriftlichen Mitteilung der anderen Partei betreffend die Einleitung des Schiedsverfahrens bezeichnet hat oder falls die beiden Schiedsrichter sich nicht innert 30 Tagen seit Annahme des Schiedsrichtermandats über die Ernennung des Obmanns einigen können, wird das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt die Ernennung auf Verlangen einer Partei vornehmen.

**5** Falls ein Schiedsrichter seine Funktion aus irgendwelchen Gründen nicht ausüben kann, muss die Partei, welche ihn ernannt hat, innert 30 Tagen einen neuen Schiedsrichter ernennen, ansonsten wird das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt auf Verlangen der anderen Partei die Ernennung vornehmen.

**6** Falls der Obmann seine Funktion aus irgendwelchen Gründen nicht ausüben kann, müssen die Schiedsrichter innert 30 Tagen einen neuen Obmann ernennen, ansonsten wird das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt auf Verlangen einer Partei die Ernennung vornehmen.

**7** Bei Ersetzung eines Schiedsrichters gemäss Abs. 5 und 6 hievor gelten die Prozesshandlungen, bei denen der ersetzte Schiedsrichter mitgewirkt hat, weiter.

**8** Unter Vorbehalt gegenteiliger zwingender Vorschriften des Konkordats über die Schiedsgerichtsbarkeit und der ZPO BS gelten deren Bestimmungen nur, soweit die Parteien oder, falls diese auf ihr diesbezügliches Recht verzichten, das Schiedsgericht keine anders lautenden Verfahrensregelungen treffen. Die Eventualmaxime gilt frühestens im zweiten Schriftenwechsel.

**9** Das Schiedsgericht untersteht der Verschwiegenheitspflicht von Art. 12 Abs. 8 ebenfalls.

#### **Art. 14** Inkrafttreten

**1** Diese Ständesregeln treten am 1. Juli 2008 in Kraft.

**2** Die SBVg und jede unterzeichnende Bank können, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf das Ende eines Vertragsjahres, erstmals auf den 30. Juni 2013, von der Vereinbarung über die Ständesregeln zurücktreten.

**3** Die SBVg behält sich vor – nach Rücksprache mit oder auf Begehren der Eidgenössischen Bankenkommission (vgl. Art. 16 GwG) – den Banken während der Laufzeit der Vereinbarung ergänzende Regelungen bekannt zu geben.

**4** Die SBVg behält sich vor, das Sanktionssystem (Art. 11–13) einseitig anzupassen oder ausser Kraft zu setzen, sofern neue gesetzliche Vorschriften oder Rechtsentwicklungen zu einer stossenden mehrfachen Sanktionierung gleicher Sachverhalte führen sollten.

#### **Art. 15** Übergangsbestimmung

**1** Für bestehende Geschäftsbeziehungen brauchen die bisherigen Formulare A nicht ersetzt zu werden (insbesondere auch nicht durch die neuen Formulare T).

**2** Die neuen Regeln über die Identifizierung des Vertragspartners und die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten sind anzuwenden, wenn eine Geschäftsbeziehung nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Landesregeln neu aufgenommen wird oder wenn das Verfahren zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten im Sinne von Art. 6 nach Inkrafttreten dieser Landesregeln zu wiederholen ist. Auf bestehende Geschäftsbeziehungen finden die neuen Regeln Anwendung, sofern sie günstiger sind.

**3** Bestehende Formulare R, die zwischen den verschiedenen Tätigkeiten eines Notars oder Anwalts unterscheiden, gelten nach dem Inkrafttreten der VSB 08 für sämtliche vom Berufsgeheimnis gemäss Art. 321 StGB geschützte Tätigkeiten weiter und müssen nicht durch das neue Formular R ersetzt werden. Bestehende Formulare R gelten auch weiter, wenn der Vertragspartner neu in Gesellschaftsform organisiert ist.

**4** Die neuen Vorschriften von Ziff. 14 (Überprüfung der Identität der Eröffner und Kenntnisaufnahme von Bevollmächtigungsbestimmungen) und Ziff. 15 Abs. 2 (Identifizierung von sich in Gründung befindenden Gesellschaften) treten per 1. Juli 2009 in Kraft.

**5** Die neuen Vorschriften über die Wählbarkeit von Mitgliedern der Aufsichtskommission, des Sekretärs und der Untersuchungsbeauftragten finden keine Anwendung auf derzeit amtierende Mitglieder der Aufsichtskommission, die sich per 1. Juli 2008 für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen.

# A

## Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten (Formular A gemäss Art. 3 und 4 VSB)

Konto-/Depot-Nummer:

Vertragspartner:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Allfällige Rubrik:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Der Vertragspartner erklärt hiermit, dass die nachfolgend aufgeführte(n) Person(en) bzw. Personengesellschaft(en)/juristisch(en) Person(en) an den unter der oben erwähnten Beziehung verbuchten Vermögenswerten wirtschaftlich berechtigt ist/sind. Ist der Vertragspartner selber allein an diesen Vermögenswerten wirtschaftlich berechtigt, so sind nachstehend seine Personalien festzuhalten:

Name, Vorname (Firma)

Geb-Datum

Nationalität

Wohnadresse/Sitz

Staat

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Der Vertragspartner verpflichtet sich, der Bank Änderungen jeweils unaufgefordert mitzuteilen.

Datum

Unterschrift/en

\_\_\_\_\_

Das vorsätzlich falsche Ausfüllen dieses Formulars ist strafbar (Art. 251 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Urkundenfälschung; Strafanrohung: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe).

# R

Konto-/Depot-Nr.:

Vertragspartner:

Allfällige Rubrik:

## Erklärung bei der Eröffnung eines Kontos oder Depots

### durch einen schweizerischen Anwalt/Notar

Ich bin an den jeweils eingebuchten Werten nicht selber wirtschaftlich berechtigt.

Ich bin als Rechtsanwalt/Notar tätig und unterstehe der entsprechenden kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung.

Ich bin bezüglich des vorerwähnten Kontos/Depots dem gesetzlichen Berufsgeheimnis (Art. 321 StGB) unterstellt und dieses Konto/Depot dient ausschliesslich anwaltlichen/notariellen Tätigkeiten.

Datum

### durch eine schweizerische Anwalts-/Notariatsgesellschaft

Unsere Anwalts-/Notariatsgesellschaft ist an den jeweils eingebuchten Werten nicht selber wirtschaftlich berechtigt.

Mit unserer Anwalts-/Notariatsgesellschaft verbundene Personen sind als Rechtsanwälte/Notare tätig und unterstehen der entsprechenden kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung.

Unsere Anwalts-/Notariatsgesellschaft bestätigt, dass die obigen Rechtsanwälte/Notare bezüglich des vorerwähnten Kontos/Depots dem gesetzlichen Berufsgeheimnis (Art. 321 StGB) unterstellt sind und dass dieses Konto/Depot ausschliesslich anwaltlichen/notariellen Tätigkeiten dient.

Unterschrift/en

Das vorsätzlich falsche Ausfüllen dieses Formulars ist strafbar (Art. 251 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Urkundenfälschung; Strafdrohung: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe).

Dieses Formular darf nicht im Zusammenhang mit kaufmännischen Tätigkeiten im Sinne der Finanzintermediation verwendet werden.

# T

Konto-/Depot-Nr.:

Vertragspartner:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Allfällige Rubrik:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## **Erklärung für Personenverbindungen oder Vermögenseinheiten, an denen keine wirtschaftliche Berechtigung bestimmter Personen besteht, bei der Eröffnung eines Bankkontos**

\_\_\_\_\_

Entsprechend Ziff. 43 der Schweizer Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 08) erklärt/erklären der/die Unterzeichnete(n) hiermit, dass er/sie Trustee, Mitglied des Stiftungsrates oder Mitglied des Verwaltungsrates einer Underlying Company eines Trusts oder einer Stiftung usw. mit dem Namen/Firma

\_\_\_\_\_

ist/sind und in dieser Funktion der Bank nach seinem/ihrer besten Wissen die folgenden Informationen übermittelt/n:

1. Angaben zum Trust, zur Stiftung usw.:

Art der Rechtspersönlichkeit (Trust, Stiftung usw.): \_\_\_\_\_

2. Angaben zum (tatsächlichen, nicht treuhänderischen) Settlor (Einzelperson oder mehrere Personen):

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Adresse und Domizilland: \_\_\_\_\_



# T

3. Angaben zur/zu den Einzelperson(en), die Erstbegünstigte ist/sind, oder zu(r) Begünstigengruppe(n) (z.B. Nachkommen des Settlors), falls kein bestimmter Begünstigter/keine bestimmten Begünstigten festgelegt wurde(n):

Name(n): \_\_\_\_\_

Vorname(n): \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Adresse(n) und Domizilland/-länder: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

4. Angaben zum/zu den Protektor(en) und/oder Dritten mit Befugnis zur Bestimmung oder Ernennung, sofern diese Befugnis die Vertreter (Trustees, Mitglieder des Stiftungsrates usw.) verpflichtet, über die Vermögenswerte zu verfügen, die Vermögenszuteilung oder die Ernennung von Begünstigten zu ändern:

Name(n): \_\_\_\_\_

Vorname(n): \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Adresse(n) und Domizilland/-länder: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Der/die Unterzeichnete(n) bestätigt/bestätigen, dass er/sie zur Eröffnung eines Bankkontos für den oben genannten Trust/die oben genannte Stiftung usw. berechtigt ist/sind.

Der/die Unterzeichnete(n) verpflichtet/verpflichten sich, der Bank allfällige Änderungen an den hier gemachten Angaben unverzüglich mitzuteilen.

Datum

Unterschrift/en

\_\_\_\_\_

Die vorsätzliche Angabe falscher Informationen in diesem Formular ist eine strafbare Handlung (Urkundenfälschung wird nach Art. 251 des Schweizerischen Strafgesetzbuches mit Freiheits- oder Geldstrafe bestraft).

# Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 08)

---

**entre l'Association suisse des banquiers (ASB) d'une part et les banques signataires (ci-après «les banques») d'autre part®**

du 7 avril 2008

## Introduction

### Art. 1 Préambule

- a) En vue de préserver le renom du système bancaire suisse sur les plans national et international,
- b) en vue d'établir des règles assurant, lors de l'établissement de relations d'affaires et dans le domaine du secret bancaire, une gestion irréprochable,
- c) en vue de contribuer efficacement à la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme,

les banques s'obligent par la présente Convention envers l'ASB, en sa qualité d'organisation faîtière chargée de la sauvegarde des intérêts et de la réputation de la banque en Suisse, à :

- a) vérifier l'identité de leurs cocontractants et à se faire remettre, en cas de doute, une déclaration du cocontractant relative à l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales confiées à la banque ;
- b) ne prêter aucune assistance active à la fuite de capitaux ;
- c) ne prêter aucune assistance active à la soustraction fiscale ou à des actes analogues, en délivrant des attestations incomplètes ou trompeuses.

### 1 Champ d'application géographique

<sup>1</sup>Sont soumises à la Convention, les banques, les négociants en valeurs mobilières adhérents et tous leurs comptoirs situés en Suisse, mais non pas leurs succursales, représentations et filiales à l'étranger (cf. toutefois ch. 11, 19 et 21).

<sup>2</sup> Les banques ne doivent pas utiliser leurs succursales étrangères et les sociétés du groupe à l'étranger actives dans le domaine bancaire ou financier, pour contourner la présente Convention.

## 2 Relation avec d'autres réglementations

La Convention ne modifie en rien l'obligation d'observer le secret bancaire. Elle ne peut et ne veut pas :

- a) étendre au territoire suisse le champ d'application de la législation étrangère en matière économique, fiscale et de change, et déclarer qu'elle doit être observée par les banques suisses (dans la mesure où les traités internationaux en vigueur et la législation suisse ne le prévoient pas déjà) ;
- b) s'écarter de la jurisprudence actuelle dans le domaine du droit international ;
- c) modifier les dispositions de droit civil qui régissent les rapports entre la banque et ses cocontractants.

## 3 Délimitation par rapport à la LBA et à l'OBA-CFB

La Convention assure la codification, avec effet contraignant, de règles en vigueur d'une gestion bancaire conforme à l'éthique professionnelle. Elle vise à concrétiser certaines obligations particulières de diligence prévues par la Loi sur le blanchiment d'argent (art. 3–5 LBA) ainsi que la notion de « vigilance que requièrent les circonstances » en matière d'acceptation de valeurs patrimoniales (art. 305ter CPS)<sup>1</sup>. Les obligations de clarification complémentaire dans le cas de relations d'affaires ou de transactions présentant des risques accrus sont du ressort de l'OBA-CFB. La Convention ne doit pas constituer une entrave aux opérations bancaires normales.

## 4 Commentaire relatif à la CDB

L'ASB édicte un commentaire relatif aux articles et aux dispositions d'exécution de la CDB 08. Le commentaire doit être considéré comme référence dans l'interprétation de la Convention.

# A Vérification de l'identité du cocontractant et identification de l'ayant droit économique

## Art. 2 Vérification de l'identité du cocontractant

<sup>1</sup> Les banques s'engagent à vérifier l'identité du cocontractant dès qu'elles établissent des relations d'affaires avec lui.

<sup>1</sup> Des dispositions particulières déterminent l'application par analogie de la CDB aux organisations de cartes de crédit.

2 Cette règle s'applique à :

- a) l'ouverture de comptes ou de livrets ;
- b) l'ouverture de dépôts ;
- c) la conclusion d'opérations fiduciaires ;
- d) la location de compartiments de coffre-fort ;
- e) l'acceptation de mandats de gestion de fortune sur des avoirs déposés auprès de tiers ;
- f) l'exécution d'opérations de négoce sur des valeurs mobilières, des devises ainsi que sur des métaux précieux et d'autres marchandises (Commodities) lorsqu'elles portent sur un montant supérieur à CHF 25 000.- ;
- g) aux opérations de caisse, lorsqu'elles portent sur un montant supérieur à CHF 25 000.-.

3 Lorsqu'un cocontractant, dont la vérification de l'identité a été correctement effectuée, ouvre des relations d'affaires supplémentaires, il n'y a pas lieu de procéder une nouvelle fois à la vérification de son identité. Cette règle vaut également dans le cadre de l'identification de la personne qui établit la relation d'affaires et de la prise de connaissance des dispositions régissant le pouvoir d'engager le cocontractant, au sens du ch. 14. Il en va de même dans le cadre de l'établissement de relations d'affaires visées au ch. 15.

#### 5 Livrets d'épargne au porteur

L'établissement de nouveaux livrets d'épargne au porteur n'est pas autorisé. Les livrets d'épargne au porteur existants doivent être annulés lors de la première présentation physique. Dans le cas de livrets d'épargne au porteur, l'identité de la personne qui effectue des retraits doit également être vérifiée. Aucun dépôt supplémentaire n'est autorisé.

#### 6 Valeurs mobilières

Par valeurs mobilières, on entend les papiers-valeurs standardisés, susceptibles d'être diffusés en grand nombre sur le marché, les droits ayant la même fonction (droits-valeurs) et les dérivés (cf. art. 2 lit. a LBVM). Les produits financiers non standardisés en font également partie.

#### 7 Opérations de caisse

Les opérations de caisse comprennent les opérations au comptant effectuées au guichet d'une banque (change, achat et vente de

métaux précieux, souscription au comptant à des bons de caisse et à des emprunts obligataires, vente au comptant de chèques de voyage, encaissement de chèques, etc.). Les versements et retraits au comptant sur des comptes/livrets déjà ouverts ainsi que les livraisons et retraits de valeurs mobilières sous forme de papiers-valeurs sur des dépôts déjà constitués ne sont pas considérés comme des opérations de caisse (le ch. 5 CDB demeure réservé).

8 Obligation de procéder à la vérification de l'identité sans égard au montant impliqué dans la relation d'affaires

<sup>1</sup> Lors d'opérations portant sur un montant inférieur aux seuils susmentionnés (art. 2, al. 2, lit. f et g), l'identité du cocontractant doit être vérifiée également, lorsqu'il y a manifestement une tentative de contourner cette exigence par la répartition des montants sur plusieurs transactions (« Smurfing »).

<sup>2</sup> S'il existe des indices que des valeurs patrimoniales proviennent de l'une ou l'autre des sources énoncées à l'art. 9, al. 1 LBA, il faut vérifier l'identité du cocontractant, indépendamment de la limite chiffrée (art. 2, al. 2, lit. f et g) ou des exceptions à l'obligation de vérifier formellement l'identité du cocontractant (ch. 18 CDB).

## 1. Personnes physiques

9 Pourparlers engagés par l'intéressé en personne avec la banque

Lorsque des pourparlers sont engagés par l'intéressé en personne avec la banque, cette dernière vérifie l'identité du cocontractant en examinant et en photocopiant une pièce de légitimation officielle comportant une photographie (passeport, carte d'identité, permis de conduire ou document analogue) ainsi qu'en relevant les indications prescrites au ch. 22 CDB.

10 Relations d'affaires établies par correspondance  
Lorsque les relations d'affaires sont établies par correspondance ou par Internet, la banque vérifie l'identité du cocontractant en se faisant remettre une copie certifiée conforme d'un document d'identification au sens du ch. 9 CDB et en vérifiant par un échange de correspondance ou par tout autre moyen équivalent le domicile du cocontractant.

11 Emission de l'attestation d'authenticité

**1** L'attestation d'authenticité de la copie du document d'identification peut être émise par :

- a) une succursale, une représentation ou une société appartenant au même groupe que la banque ;
- b) une banque correspondante ou un autre intermédiaire financier habilité à cet effet par l'établissement nouant la relation d'affaires ;
- c) un notaire ou une autre instance publique qui délivre habituellement de telles confirmations d'authenticité.

**2** La vérification de l'identité peut également valablement être effectuée par le biais de la présentation d'une pièce de légitimation officielle lors d'envois par la poste, s'il est ainsi garanti que l'envoi parvient au destinataire et à lui seul.

## **2. Personnes morales et sociétés de personnes**

12 Vérification de l'identité en cas d'inscription au  
Registre suisse du commerce ou dans un Registre  
étranger équivalent

Lorsqu'une relation d'affaires est établie avec une personne morale ou une société de personnes inscrite au Registre suisse du commerce ou dans un Registre étranger équivalent, la banque vérifie l'identité du cocontractant, soit au moyen d'un extrait du Registre émanant du préposé, soit au moyen d'un extrait sur papier émanant d'une banque de données tenue par un Registre officiel, une autorité de surveillance ou une entreprise privée fiable.

13 Vérification de l'identité en cas d'absence  
d'inscription au Registre suisse du commerce ou  
dans un Registre étranger équivalent

L'identité des personnes morales ou sociétés de personnes non-inscrites au Registre suisse du commerce ou dans un Registre étranger équivalent est vérifiée, soit au moyen d'un extrait sur papier émanant d'une autorité de surveillance ou d'une banque de données tenue par une entreprise privée fiable, soit au moyen des statuts ou de documents équivalents.

14 Identification de la personne qui établit la relation d'affaires et prise de connaissance des dispositions régissant le pouvoir d'engager le cocontractant

**1** Lorsque le cocontractant est une personne morale ou une société de personnes, il convient d'identifier également les personnes physiques qui établissent la relation d'affaires. Une telle identification est faite au moyen d'une copie de l'un des documents définis au ch. 9, respectivement d'une copie certifiée de l'un des documents d'identification au sens du ch. 10.

**2** L'identification de la personne physique qui établit la relation d'affaires peut également être faite au moyen d'une attestation d'authenticité de sa signature émanant d'une personne / institution énumérée au ch. 11.

**3** Lorsque le cocontractant est une personne morale, la banque doit également prendre connaissance des pouvoirs d'engager le cocontractant et documenter cette démarche.

**4** Lorsque le cocontractant est un intermédiaire financier assujéti à une loi spéciale au sens du ch. 34, la banque peut, en guise d'alternative à la procédure définie au ch. 14, al. 1 à 3, se faire remettre un registre de signatures, ou recourir à un échange de clés électroniques ou à tout autre moyen habituellement utilisé dans le domaine.

15 Vérification de l'identité dans le cas de sociétés simples, de sociétés en constitution et de Trustees

**1** Dans le cas de sociétés simples, la banque doit vérifier l'identité des personnes qui sont au bénéfice d'un pouvoir de signature bancaire.

**2** Dans le cas de sociétés en constitution, la banque doit vérifier l'identité des personnes qui établissent la relation d'affaires.

**3** Dans le cas de Trusts, la banque doit vérifier l'identité du Trustee. En outre, le Trustee doit confirmer (par ex. au moyen du formulaire T) qu'il est autorisé à établir la relation d'affaires au nom du Trust auprès de la banque.

16 Date de l'extrait du Registre du commerce ou de la pièce équivalente

L'extrait du Registre du commerce ou la pièce équivalente ne doit pas dater de plus de 12 mois. Une pièce de légitimation plus ancienne peut être admise, mais seulement si elle est accompagnée du rapport du dernier exercice signé par la société d'audit, lequel ne doit pas dater de plus de 12 mois.

17 Personnes morales notoirement connues

<sup>1</sup>Lorsque l'identité d'une personne morale intervenant comme cocontractant est notoirement connue, ce fait peut être enregistré au dossier en lieu et place de la procédure prévue par les ch. 12 à 14. L'identité est en particulier notoirement connue lorsque les actions de la société en question sont largement réparties dans le public ou lorsqu'elle est liée directement ou indirectement à une telle société.

<sup>2</sup>La procédure simplifiée au sens du premier alinéa n'est pas admise pour les sociétés de domicile, à l'exception de celles qui sont liées directement ou indirectement à une société dont les actions sont largement réparties dans le public.

### 3. Cas particuliers

18 Compte ouvert pour un mineur, compte pour la garantie du loyer

Il n'est pas nécessaire de vérifier formellement l'identité du cocontractant en cas d'ouverture :

- a) d'un compte, d'un dépôt ou d'un livret au nom d'un mineur par une tierce personne majeure, si les valeurs patrimoniales déposées lors de l'ouverture n'excèdent pas CHF 25 000.–. Il convient en lieu et place de vérifier l'identité de la personne majeure qui ouvre le compte, dépôt ou livret; le ch. 22 est applicable par analogie. Si le mineur ouvre lui-même le compte, dépôt ou livret, il convient de vérifier son identité;
- b) d'un compte destiné au dépôt de sûretés pour garantir le paiement d'un loyer, pour autant toutefois que l'objet loué soit situé en Suisse.



19                    Vérification de l'identité déjà effectuée au sein du groupe

Lorsque l'identité du cocontractant a déjà été vérifiée au sein du groupe de façon équivalente, c'est-à-dire selon un standard de diligence conforme à la CDB, il n'est pas nécessaire de répéter la procédure prévue par les ch. 9 à 15. En ce cas, des copies des documents ayant servi à la vérification initiale de l'identité doivent être conservées dans les dossiers des entités concernées du groupe. Demeurent réservés les cas dans lesquels des dispositions légales interdisent ce transfert de données.

20                    Vérification de l'identité d'une autre manière

A titre exceptionnel, la banque peut vérifier l'identité du cocontractant d'une autre manière que celle prescrite ci-dessus, par ex. lorsqu'une personne ne dispose pas de pièce de légitimation ou lorsque, pour une corporation ou un établissement de droit public, les documents requis habituellement n'existent pas. Dans de tels cas, la banque peut vérifier l'identité d'une autre manière appropriée, en examinant d'autres documents probants ou en se procurant auprès d'instances publiques des attestations à cet effet, ou encore pour les personnes morales, en obtenant le rapport du dernier exercice signé par un organe de révision habilité. Les attestations et copies des documents de substitution doivent être versées au dossier. Par ailleurs, il convient de faire une note pour le dossier, énonçant les raisons pour lesquelles le cas est exceptionnel.

#### **4. Prescriptions générales en matière de vérification de l'identité et surveillance**

21                    Délégation de la vérification de l'identité

<sup>1</sup> La banque peut, sur la base d'une convention écrite, déléguer la vérification de l'identité à des personnes ou entreprises, si :

- a) la banque les a instruites au sujet de leurs devoirs, et
- b) la banque est en mesure de contrôler si les vérifications de l'identité sont correctement exécutées.

<sup>2</sup> Les personnes ou entreprises chargées de la vérification de l'identité doivent remettre les documents d'identification à la banque et doivent confirmer que les copies remises sont conformes aux originaux.

**3** Les personnes ou entreprises chargées de la vérification de l'identité ne sont pas autorisées à sous-déléguer leur mandat.

**4** Une convention écrite en vue de la délégation de la vérification de l'identité n'est pas nécessaire si le délégant et le délégataire font partie du même groupe.

## 22 Obligation de documentation

Il y a lieu de conserver de manière appropriée le nom, le prénom, la date de naissance, la nationalité et l'adresse du domicile (la raison sociale et le siège, s'il s'agit d'une personne morale ou d'une société) du cocontractant, ainsi que les moyens utilisés pour vérifier son identité. Lorsque le cocontractant provient d'un pays dans lequel les dates de naissance ou les adresses de siège ou de domicile ne sont pas utilisées, l'exigence relative à ces données ne s'applique pas. La photocopie de la pièce de légitimation officielle et les autres documents ayant servi à vérifier l'identité doivent être conservés.

## 23 Dispositions obligatoires en matière de documentation

**1** La banque doit prendre des dispositions pour s'assurer que la procédure de vérification de l'identité du cocontractant a été correctement et suffisamment documentée.

**2** Ces dispositions impliquent notamment que l'arrivée des documents relatifs à la vérification de l'identité du contractant auprès de la banque, ou leur disponibilité dans le système de la banque, puisse être retracée.

## 24 Moment de l'exécution de l'obligation de documenter la vérification de l'identité du cocontractant

En règle générale, tous les documents exigés pour la vérification de l'identité doivent avoir été obtenus dans leur intégralité et dans la forme appropriée, avant que le compte concerné puisse être opéré. Si seulement quelques données font défaut, le compte peut néanmoins être opéré, à titre exceptionnel, étant entendu que les données manquantes doivent être obtenues dès que possible. Au plus tard après 90 jours, la banque bloque le compte tant pour les entrées que les sorties de fonds jusqu'à ce que la documentation complète soit en sa possession. En outre, la banque peut mettre un terme à la relation d'affaires pour autant que les

dispositions des art. 9 ss LBA ne s’y opposent pas (cf. également art. 6 al. 4 CDB).

### **Art. 3** Identification de l’ayant droit économique

**1** La banque peut présumer que le cocontractant est aussi l’ayant droit économique. Lorsque le cocontractant n’est pas l’ayant droit économique ou lorsqu’il y a doute à cet égard, la banque exige une déclaration écrite au moyen d’un formulaire A indiquant qui est l’ayant droit économique.

**2** Cette règle s’applique à :

- a) l’ouverture de comptes ou de livrets ;
- b) l’ouverture de dépôts ;
- c) la conclusion d’opérations fiduciaires ;
- d) l’acceptation de mandats de gestion de fortune sur des avoirs déposés auprès de tiers ;
- e) l’exécution d’opérations de négoce sur des valeurs mobilières, des devises ainsi que sur des métaux précieux et d’autres marchandises (Commodities) lorsqu’elles portent sur un montant supérieur à CHF 25 000.– ;

**3** Lors d’opérations de caisse au sens de l’art. 2 CDB portant sur un montant supérieur à CHF 25’000.–, une déclaration du cocontractant relative à l’ayant droit économique doit toujours être exigée. La banque conserve la déclaration écrite du cocontractant. Elle est libre d’utiliser ou non le formulaire A à cette fin.

**4** Lorsque, dans une relation d’affaires, l’ayant droit économique est une société simple ou une communauté qui n’est pas inscrite au Registre du commerce, aucune déclaration écrite indiquant qui est l’ayant droit économique ne doit être requise lorsque les ayants droit de la société simple ou de la communauté peuvent être constatés sur un support écrit et que les valeurs impliquées dans la relation d’affaires n’excèdent pas CHF 25 000.–.

**25** Doute quant au fait que le cocontractant est aussi l’ayant droit économique

**1** La présomption selon laquelle le cocontractant est aussi l’ayant droit économique est détruite si des constatations insolites sont faites.

**2** Il y a constatations insolites dans les cas suivants :

- a) lors de la remise d'une procuration à une personne qui ne saurait manifestement avoir des liens suffisamment étroits avec le cocontractant. Les procurations de gestion qui ne permettent que des transactions à l'intérieur de la relation d'affaires mais qui ne permettent aucun retrait de valeurs, ne sont pas visées ;
- b) lorsque les valeurs remises ou sur le point de l'être sont hors de proportion avec la situation financière du cocontractant, telle que connue de la banque ;
- c) ou lorsque, dans le cadre de ses relations avec le cocontractant, la banque est amenée à faire d'autres constatations insolites.

## 26 Établissement de relations d'affaires par correspondance avec une personne physique

Lors de l'établissement de relations d'affaires par correspondance avec une personne physique, la déclaration sur formulaire A doit être exigée dans tous les cas. Font exception les cas particuliers mentionnés au ch. 18.

## 27 Données à recueillir

**1** Si le cocontractant déclare que l'ayant droit économique est un tiers, le nom, le prénom, la date de naissance, la nationalité, l'adresse de domicile et le pays du domicile de ce tiers (la raison sociale, le siège et l'Etat du siège, s'il s'agit d'une personne morale ou d'une société) doivent être documentés au moyen d'un formulaire A. L'art. 3, al. 3 CDB demeure réservé. Lorsque l'ayant droit économique provient d'un pays dans lequel les dates de naissance ou les adresses de domicile ne sont pas utilisées, l'exigence de ces données ne s'applique pas.

**2** A titre exceptionnel, les données exigées à propos de l'ayant droit économique peuvent également être fournies sous la forme de copies simples des documents d'identification ou de copies simples d'autres documents émis par une autorité, au sens des ch. 9 ss. Dans de tels cas, le formulaire A doit au moins contenir le nom et le prénom, ou la raison sociale de l'ayant droit économique.

**3** La banque est en droit d'apposer sur le formulaire A le numéro du compte ou du dépôt, même après que le formulaire A ait été rempli et signé.

28 Signature du formulaire A

Le formulaire A peut être signé par le cocontractant ou par un fondé de procuration (légitimé par une procuration écrite spécifique ou générale). Dans le cas des personnes morales, le formulaire A ou la procuration doit être signé par les personnes autorisées à signer en vertu de la documentation de la société.

29 Doutes sérieux quant à l'exactitude de la déclaration du cocontractant

Si des doutes sérieux persistent quant à l'exactitude de la déclaration écrite du cocontractant et si ceux-ci ne peuvent être levés par d'autres éclaircissements, la banque refuse d'entrer en relation d'affaires ou s'abstient d'exécuter l'opération en question.

30 Formulaire A modèle

Le formulaire A est annexé à la présente Convention.

31 Formulaire A analogue au formulaire modèle

Les banques ont le droit d'utiliser leurs propres formulaires, correspondant à leurs besoins particuliers. Le contenu de tels formulaires doit être équivalent à celui du formulaire modèle.

32 Comptes globaux et dépôts globaux

<sup>1</sup> En ce qui concerne les comptes globaux et les dépôts globaux, le cocontractant doit fournir à la banque une liste exhaustive des ayants droit économiques comportant les indications prévues au ch. 27, et communiquer immédiatement à la banque toute modification.

<sup>2</sup> Ne sont pas considérés comme comptes globaux les comptes détenus par des sociétés opérationnelles, sur lesquels sont effectuées des transactions liées à des prestations professionnelles telles que le recouvrement, l'administration d'immeubles, le factoring, etc. Les comptes d'une entreprise réglementée de transfert ou de transport de fonds ne sont pas non plus considérés comme comptes globaux. La banque verse une note au dossier qui décrit cet état de fait.

### 33 Formes de placement collectif et sociétés de participations

**1** Dans les formes de placement collectif et les sociétés de participations qui regroupent 20 investisseurs ou moins, ces derniers doivent être considérés comme ayants droit économiques et être identifiés comme tels.

**2** Aucune déclaration relative à l'ayant droit économique n'est exigée des formes de placement collectif et des sociétés de participations qui sont cotées en bourse. Par ailleurs, la banque peut renoncer à l'identification de l'ayant droit économique lorsque le promoteur ou sponsor de la forme de placement collectif ou de la société de participations est un intermédiaire financier visé par le ch. 34, pour autant que ce dernier démontre être assujéti à des règles appropriées en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

### 34 Banques et autres intermédiaires financiers ainsi qu'autorités suisses en qualité de cocontractants

**1** Aucune déclaration relative à l'ayant droit économique n'est en principe exigée des banques et négociants en valeurs mobilières dont le siège est en Suisse ou à l'étranger. Par banques et négociants en valeurs mobilières, on entend les établissements définis comme tels par les lois correspondantes de l'Etat de leur siège. Il convient toutefois d'exiger une déclaration relative à l'ayant droit économique lorsqu'une banque ou un négociant en valeurs mobilières, qui n'est pas assujéti à une surveillance et à une réglementation appropriées en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, fait ouvrir des sous-comptes pour des clients non spécifiés.

**2** Aucune déclaration relative à l'ayant droit économique n'est exigée des autres intermédiaires financiers dont le domicile ou le siège est en Suisse. La même règle vaut pour les autres intermédiaires financiers dont le domicile ou le siège se situe à l'étranger et qui sont assujéti à une surveillance appropriée ainsi qu'à une réglementation appropriée en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. Lorsque l'intermédiaire financier étranger fait partie d'un groupe surveillé de manière consolidée, dont la société-mère a son siège dans un pays disposant d'une sur-

veillance appropriée ainsi que d'une réglementation appropriée en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, il peut lui aussi être considéré comme assujéti à une surveillance appropriée et à une réglementation appropriée.

<sup>3</sup> Sont réputés autres intermédiaires financiers suisses: les intermédiaires financiers au sens de l'art. 2 al. 2 et de l'art. 2 al. 4 lit. b LBA. Pour la définition des intermédiaires financiers étrangers, les lois correspondantes de l'Etat de leur siège sont applicables.

<sup>4</sup> Toutefois, la déclaration relative à l'ayant droit économique sera exigée ou d'autres mesures seront prises lorsque des indications révèlent qu'une banque, un négociant en valeurs mobilières ou un autre intermédiaire financier commet des abus ou lorsque la Commission fédérale des banques ou l'ASB ont émis des mises en garde de portée générale sur certains établissements en particulier ou sur les établissements d'un pays déterminé.

<sup>5</sup> Aucune déclaration relative à l'ayant droit économique n'est exigée des autorités suisses.

35 Déléation de l'identification de l'ayant droit économique et moment de l'exécution de l'obligation de documenter l'identification

<sup>1</sup> La délégation de l'identification de l'ayant droit économique est autorisée aux conditions mentionnées au ch. 21 CDB.

<sup>2</sup> Le ch. 24 est applicable par analogie à l'identification de l'ayant droit économique.

36 Dispositions obligatoires en matière de documentation

<sup>1</sup> La banque doit prendre les dispositions pour s'assurer que la procédure d'identification de l'ayant droit économique a été correctement et suffisamment documentée.

<sup>2</sup> Ces dispositions impliquent notamment que l'arrivée des documents relatifs à l'identification de l'ayant droit économique auprès de la banque ou leur disponibilité dans le système de la banque, puisse être retracée.

37 Dispositions particulières pour les sociétés de domicile et les personnes tenues au secret professionnel  
Demeurent réservées les dispositions particulières relatives aux sociétés de domicile et aux personnes tenues au secret professionnel (art. 4 et 5, ch. 38–46 CDB).

**Art. 4** Procédure relative aux sociétés de domicile

**1** Sont réputées sociétés de domicile au sens de la CDB, sous réserve de l'al. 2, toutes les personnes morales suisses et étrangères, sociétés, établissements, fondations, trusts/entreprises fiduciaires et constructions semblables, qui n'exercent pas une activité de commerce ou de fabrication, ou une autre activité exploitée en la forme commerciale.

**2** Ne sont pas considérées comme sociétés de domicile les personnes morales et sociétés qui ont pour but la sauvegarde des intérêts de leurs membres ou de leurs bénéficiaires collectivement et par leurs propres moyens, ou qui poursuivent des buts politiques, religieux, scientifiques, artistiques, de bienfaisance, de récréation ou des buts analogues, et qui se tiennent exclusivement aux buts statutaires précités.

**3** Les banques doivent exiger des sociétés de domicile suisses et étrangères:

- a) un extrait du Registre du commerce ou une pièce équivalente (cf. ch. 12–16), en vue de la vérification de leur identité;
- b) une déclaration, établie sur formulaire A, sur formulaire T ou sur un document au contenu équivalent au sens des ch. 31 et 43, par laquelle le cocontractant indique qui est l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales.

**4** Lorsque la banque connaît l'ayant droit économique et dispose des indications prescrites par le ch. 27 CDB, elle peut renoncer à l'utilisation du formulaire A en enregistrant ces informations au dossier.

38 Notion de société de domicile

**1** Une société présente des indices qu'elle est une société de domicile lorsque:

- a) elle ne dispose pas de ses propres locaux (adresse c/o, siège auprès d'un avocat, d'une société fiduciaire, d'une banque, etc.)  
ou



b) elle n'a pas de personnel propre.

<sup>2</sup> Si, malgré la présence des deux indices précités ou de l'un d'entre eux, la banque décide qu'il ne s'agit pas d'une société de domicile, elle verse au dossier une note décrivant les motifs de sa décision.

39 Sociétés holding, sociétés immobilières, etc.  
Ne sont pas considérées comme étant des sociétés de domicile, notamment les sociétés, établissements, fondations, Trust/entreprises fiduciaires qui détiennent la majorité du capital d'une ou plusieurs sociétés exerçant une activité de commerce ou de fabrication ou une autre activité exploitée en la forme commerciale, et dont le but ne consiste pas principalement à gérer le patrimoine de tiers. Cette disposition est applicable par analogie aux sociétés qui détiennent et administrent des immeubles.  
La banque verse au dossier une note décrivant cet état de fait.

40 Ayant droit économique d'une société de domicile  
L'ayant droit économique d'une société de domicile peut être soit une personne physique, soit une personne morale qui exerce une activité de commerce ou de fabrication ou une autre activité exploitée en la forme commerciale. Une société de domicile ne peut pas être elle-même ayant droit économique.

41 Mode d'identification de l'ayant droit économique  
L'identification des ayants droit économiques doit être établie et conservée conformément aux ch. 27 et 28. Le ch. 29 est applicable.

42 Sociétés cotées en bourse  
Il n'y a pas lieu d'identifier les ayants droit économiques d'une société de domicile cotée en bourse.

43 Valeurs patrimoniales sans ayant droit économique déterminé  
<sup>1</sup> Dans le cas de groupements de personnes ou d'entités patrimoniales et de fondations pour lesquels il n'existe pas d'ayant droit économique déterminé (p. ex. les discretionary trusts), une déclaration écrite confirmant cet état de fait doit être exigée du cocontractant, en lieu et place de l'identification de l'ayant droit économique. Cette déclaration doit en outre indiquer le fondateur effectif (et

non pas fiduciaire) ainsi que, si elles peuvent être déterminées, les personnes habilitées à donner des instructions au cocontractant ou à ses organes et le cercle des personnes pouvant entrer en ligne de compte comme bénéficiaires (par catégorie, p. ex. « membres de la famille du fondateur »). S'il existe des curateurs, des protecteurs, etc., ils doivent également figurer dans la déclaration.

**2** La déclaration peut être faite en utilisant le formulaire T. Le formulaire T est annexé à la CDB. Les banques ont le droit d'utiliser leurs propres formulaires correspondant à leurs besoins particuliers. Le contenu de tels formulaires doit être équivalent à celui du formulaire modèle.

#### 44 Constructions révocables

Pour les constructions révocables (p. ex. les revocable trusts), les personnes habilitées à procéder à la révocation doivent être indiquées comme ayants droit économiques.

#### 45 Modification des signatures autorisées

Si des changements interviennent dans les signatures autorisées de la société de domicile dans ses relations avec la banque, cette dernière doit répéter la procédure prévue à l'art. 4, al. 3, lit. b si elle fait des constatations visées par l'art. 6 al. 1. Si la banque ne parvient pas à établir clairement qui est l'ayant droit économique, l'art. 6, al. 3 est applicable.

### **Art. 5** Personnes tenues à un secret professionnel

Les banques peuvent renoncer à l'identification de l'ayant droit économique en cas de comptes ou de dépôts établis par des avocats ou notaires autorisés à exercer en Suisse, ou par des études d'avocats ou de notaires organisées en la forme de sociétés pour le compte de leurs clients, dans la mesure où ces cocontractants confirment par écrit à la banque que :

- a) ils ne sont pas eux-mêmes l'ayant droit économique des valeurs en compte et,
- b) ils exercent l'activité d'avocat ou de notaire et sont soumis à la législation cantonale et fédérale en la matière et,
- c) ils sont soumis au secret professionnel protégé par la loi (art. 321 CPS) en ce qui concerne les valeurs en compte et,
- d) le compte/dépôt est exclusivement utilisé dans le cadre de l'activité d'avocat/de notaire.

Un formulaire R, destiné à la déclaration selon l'art. 5 figure en annexe à la CDB. Les banques ont le droit d'utiliser leurs propres formulaires correspondant à leurs besoins particuliers. Le contenu de tels formulaires doit être équivalent à celui du formulaire modèle.

**Art. 6** Répétition de la procédure de vérification de l'identité du cocontractant ou de la procédure d'identification de l'ayant droit économique (art. 2–5 CDB)

<sup>1</sup> La banque doit répéter la procédure prévue aux articles 2, ch. 9–24, et articles 3 et 4, ch. 25–45 CDB lorsque dans le courant des relations d'affaires, un doute survient :

- a) au sujet de l'exactitude des indications données sur l'identité du cocontractant,
- b) sur le point de savoir si le cocontractant est lui-même l'ayant droit économique, ou
- c) sur le point de savoir si la déclaration remise au sujet de l'ayant droit économique est conforme à la réalité

et que ce doute n'a pas pu être levé par des clarifications éventuelles.

<sup>2</sup> Lorsqu'une banque constate qu'une déclaration au sens de l'art. 5 CDB a été établie à tort, elle doit exiger de son cocontractant l'identification de l'ayant droit économique au moyen d'un formulaire A. Si la déclaration relative à l'ayant droit économique n'est pas fournie, les relations d'affaires doivent être rompues.

<sup>3</sup> Les banques sont tenues de rompre leurs relations avec le cocontractant lorsqu'elles constatent que la banque a été trompée lors de la vérification de l'identité du cocontractant, lorsque des indications sciemment erronées lui ont été données à propos de l'ayant droit économique ou lorsque des doutes subsistent au sujet des indications fournies par le cocontractant après que la procédure visée à l'al. 1 ait été menée à bien.

<sup>4</sup> Les relations avec le cocontractant ne peuvent plus être rompues lorsque les conditions de l'obligation de communiquer (art. 9 LBA) sont remplies.

## 47 Rupture des relations d'affaires

Les relations existantes doivent être rompues aussi rapidement qu'il est possible de le faire sans violer le contrat. Si la banque n'est pas en mesure d'atteindre le cocontractant, en raison des instructions reçues en matière de correspondance, elle peut attendre la prochaine visite de ce dernier ou la prochaine remise de correspondance pour rompre la relation d'affaires.

## **B Interdiction de l'assistance active à la fuite de capitaux**

### **Art. 7** Fuite de capitaux

Les banques ne doivent prêter aucune assistance active au transfert de capitaux hors des pays dont la législation prévoit des restrictions en matière de placement de fonds à l'étranger.

## 48 Notion de fuite de capitaux

<sup>1</sup> La fuite de capitaux est un transfert non autorisé de capitaux effectué sous la forme de devises, de billets de banque ou de papiers-valeurs et provenant d'un pays qui interdit ou limite un tel transfert à l'étranger de la part de ses résidents.

<sup>2</sup> La simple obligation d'annonce lors de transferts de capitaux ne constitue pas une limite à la circulation de capitaux au sens de la Convention.

## 49 Transfert de capitaux vers l'étranger

L'art. 7 CDB n'est pas applicable au transfert de capitaux de Suisse à l'étranger.

## 50 Formes d'assistance active

Sont considérés comme assistance active :

- a) l'organisation de l'accueil de clients à l'étranger en dehors des propres locaux de la banque dans le but d'accepter des fonds ;
- b) la participation, à l'étranger, à l'organisation d'opérations de compensation, lorsque la banque sait ou, d'après l'ensemble des circonstances, doit savoir que la compensation sert à la fuite de capitaux ;
- c) la collaboration active avec des personnes ou sociétés qui organisent pour des tiers la fuite de capitaux ou apportent une aide à cet effet

- en leur donnant des ordres;
  - en leur promettant des commissions;
  - en tenant leurs comptes lorsque la banque sait que ces personnes ou sociétés utilisent leurs comptes professionnellement en vue d'aider la fuite des capitaux;
- d) le fait de donner au cocontractant des indications sur des personnes et sociétés mentionnées sous lit. c.

#### 51 Visites des clients à l'étranger

Les visites rendues à des clients à l'étranger sont autorisées dans la mesure où le mandataire de la banque n'accepte pas de valeurs patrimoniales dont le transfert est interdit, ne donne aucun conseil en vue du transfert illégal de capitaux, ni ne participe à des opérations de compensation.

#### 52 Acceptation de valeurs patrimoniales en Suisse

Pour le surplus, les valeurs patrimoniales de clients étrangers peuvent être acceptées en Suisse.

### **C Interdiction de l'assistance active à la soustraction fiscale et à des actes analogues**

#### **Art. 8** Soustraction fiscale et actes analogues

Les banques ne doivent pas fournir une aide à leurs cocontractants dans des manoeuvres visant à tromper les autorités suisses et étrangères, en particulier les autorités fiscales, au moyen d'attestations incomplètes ou pouvant induire en erreur d'une autre manière.

#### 53 Attestations incomplètes

**1** Il est interdit de délivrer au cocontractant lui-même ou, à sa demande, directement à des autorités suisses ou étrangères, des attestations incomplètes ou de nature à induire en erreur d'une autre manière.

**2** On entend par autorités, notamment, les autorités fiscales, douanières, monétaires et de surveillance des banques, ainsi que les autorités chargées des poursuites pénales.

54 Attestations émises dans un but particulier et modification des attestations

<sup>1</sup> Sont soumises à cette interdiction les attestations particulières demandées par le cocontractant à l'intention d'autorités.

<sup>2</sup> Les pièces justificatives établies régulièrement, telles qu'extraits de compte et de dépôt, avis de crédit et de débit, décomptes d'opérations de change, décomptes de coupons et de bourse, ne doivent pas être modifiées par la banque dans le but de tromper.

55 Notion d'attestation incomplète

<sup>1</sup> Les attestations sont incomplètes lorsque des faits significatifs sont omis en vue de tromper les autorités, par exemple lorsque la banque supprime, à la demande du cocontractant, une ou plusieurs positions dans une attestation particulière ou dans un extrait de compte ou de dépôt.

<sup>2</sup> Dans les extraits de compte ou de dépôt, il n'est pas nécessaire de mentionner que d'autres comptes ou dépôts sont tenus pour le même cocontractant.

56 Notion d'attestation de nature à induire en erreur

Les attestations sont de nature à induire en erreur lorsque des faits sont présentés de manière contraire à la vérité, en vue de tromper les autorités, par exemple :

- a) en indiquant des dates, des montants ou des cours qui ne correspondent pas à la réalité ou en établissant des avis de crédit ou de débit portant des indications fausses sur les titulaires des comptes;
- b) en attestant de créances ou de dettes fictives (sans égard au fait que l'attestation corresponde ou non aux livres de la banque);
- c) par la mise à disposition des propres comptes de la banque, dans la mesure où elle permet au cocontractant d'éviter des contributions fiscales dues.

## **D Autres dispositions**

### **Art. 9 Comptes numérotés**

Les dispositions de la présente Convention s'appliquent sans aucune réserve aux comptes, livrets, dépôts et compartiments de coffre-fort désignés par un numéro ou un code.

57 Inclusion des comptes numérotés dans les attestations  
Les comptes et dépôts numérotés ou désignés par un code, y compris les placements fiduciaires, doivent être inclus dans les attestations relatives à l'ensemble des relations d'affaires avec un client.

**Art. 10** Contrôle par la société d'audit

<sup>1</sup> En application de la circulaire CFB 05/1 « Audit », le respect des dispositions relatives à la lutte contre le blanchiment d'argent, lesquelles comprennent aussi les dispositions de la CDB, est soumis à un audit. La circulaire précitée énonce les prescriptions à observer dans le cadre de l'examen des ouvertures de relations d'affaires et du déroulement de ces dernières. En adhérant à la présente Convention, les banques chargent leurs sociétés d'audit de vérifier, selon les modalités de l'al. 2, que les dispositions de la CDB ont été respectées et de communiquer, selon les dispositions de l'al. 3, les violations constatées.

<sup>2</sup> L'audit de la conformité avec les art. 2-9 CDB est effectué chaque année. L'audit vise les relations d'affaires ouvertes postérieurement au dernier contrôle. L'étendue du contrôle par sondage et le déroulement du contrôle tiennent compte du principe d'une approche fondée sur le risque. A cet égard, devront notamment être pris en considération le type d'activité de même que le nombre et l'étendue des relations d'affaires ouvertes depuis le dernier contrôle. Le déroulement du contrôle fera l'objet d'une coordination avec la révision interne de la banque. La société d'audit contrôlera elle-même au moins la moitié des dossiers rentrant dans le contrôle par sondage.

<sup>3</sup> Lorsque, dans le cadre d'un audit effectué conformément à l'art. 10, elle constate des cas bénins au sens de l'art. 11, la société d'audit impartit à la banque un délai maximum de 6 mois dès la notification à la banque pour la remise en conformité. Sur demande motivée, ce délai peut être prorogé à une reprise. Si le manquement n'est pas réparé dans le délai imparti, la société d'audit communique le manquement à la Commission de surveillance instituée par l'art. 12 CDB et à la Commission fédérale des banques. La communication doit être effectuée dans le mois qui suit l'échéance du délai de remise en conformité.

**4** Lorsque la société d'audit constate des violations à la CDB qui ne peuvent être qualifiées de bénignes, elle les communique à la Commission de surveillance instituée par l'art. 12 CDB et à la Commission fédérale des banques. Cette communication doit être effectuée dans le mois qui suit la constatation des violations.

**Art. 11** Violation de la Convention, sanctions

**1** En cas de violation de la Convention, la banque fautive est tenue de verser à l'ASB une amende conventionnelle allant jusqu'à 10 millions de francs. Lors de la fixation de l'amende conventionnelle, il est dûment tenu compte de la gravité de la violation, du degré de culpabilité et de la situation financière de la banque. Il est en outre tenu compte des mesures imposées par d'autres instances dans le même cas d'espèce. Le montant de l'amende conventionnelle est déterminé selon la procédure prévue aux art. 12 et 13 CDB. L'ASB attribue le montant de l'amende conventionnelle à un but d'utilité publique choisi par elle, après avoir déduit le montant éventuellement nécessaire à la couverture des frais de fonctionnement.

**2** Dans les cas bénins, un blâme est adressé à la banque fautive en lieu et place d'une amende conventionnelle à moins que la procédure ne soit suspendue sans qu'une sanction ne soit prononcée. Le cas est bénin notamment lorsque le but de la CDB, c'est-à-dire la vérification de l'identité du cocontractant et l'identification de l'ayant droit économique, est atteint malgré des manquements de nature formelle. A titre d'exemple, le cas est bénin :

- a) lorsque des documents utilisés pour la vérification de l'identité d'une personne morale ou d'une société de personnes datent de plus de 12 mois ;
- b) lorsqu'un formulaire A incomplet ou incorrectement rempli a été utilisé, pour autant que le nom et le prénom (la raison sociale) de l'ayant droit économique y figurent et que le cocontractant ait signé le formulaire. La même règle s'applique par analogie au traitement d'un formulaire T incomplet ;
- c) lorsque les valeurs concernées n'excèdent pas CHF 25 000.- ;
- d) lorsque l'état de fait visé aux ch. 17, al. 1 ; 32, al. 2 ; 38 al. 2 ou au ch. 39, n'a pas fait l'objet d'une note au dossier.

**3** En cas de violation des art. 6 à 8, une sanction ne sera prononcée qu'en présence d'une violation intentionnelle des dispositions précitées.



**4** Les violations de la Convention qui remontent à plus de 5 ans ne sont plus poursuivies. En cas de manquement à l'obligation de vérifier l'identité du cocontractant ou d'identifier l'ayant droit économique, le délai de 5 ans commence à courir lorsque le manquement a été réparé, respectivement au moment où les relations d'affaires ont pris fin.

**5** Seront également tranchées selon la procédure de la CDB 08 :

- a) les violations à la « Convention relative à l'obligation de diligence des banques » de 2003 ;
- b) les violations à la « Convention relative à l'obligation de diligence des banques » de 1998, pour autant que l'enquête ait été ouverte avant le 30 juin 2008.

Les autres violations à la Convention de 1998 ou à de plus anciennes versions de la CDB ne sont plus poursuivies.

**Art. 12** Commission de surveillance, chargés d'enquête

**1** L'ASB institue une Commission de surveillance, composée au minimum de cinq personnalités, en vue d'établir et de réprimer les violations de la présente Convention. La majorité de ses membres doivent être indépendants. La Commission de surveillance élit un ou plusieurs secrétaires et définit ses tâches.

**2** L'ASB désigne un ou plusieurs chargés d'enquête. En cas de soupçons relatifs à une violation de la CDB, le chargé d'enquête procède aux actes d'instruction nécessaires et requiert de la Commission de surveillance qu'elle constate les violations de la CDB et qu'elle prononce une peine conventionnelle ou un blâme contre la banque concernée selon l'art. 11 et/ou requiert que l'enquête soit suspendue en tout ou partie.

**3** La compétence des chargés d'enquête concerne les violations éventuelles de la CDB mais non pas la question préalable d'une violation éventuelle de l'Ordonnance sur le blanchiment.

**4** Le chargé d'enquête est en droit, de sa seule compétence, de suspendre la procédure lorsqu'il parvient à la conclusion qu'il n'y a pas eu violation de la CDB ou lorsque les conditions suivantes sont cumulativement remplies :

- a) il s'agit d'une seule violation bénigne de la CDB ou de plusieurs violations bénignes isolées (cas bénins);
- b) il est possible de remédier dans un délai raisonnable à la ou aux violation(s) de la CDB;
- c) la banque reconnaît la ou les violation(s) de la CDB et s'engage à y remédier dans les délais impartis et à prendre à sa charge les frais de l'enquête;
- d) la banque n'a encore fait aucune communication au titre de l'art. 9 LBA et aucune autorité de poursuite pénale suisse n'a engagé d'investigations pour blanchiment d'argent ou financement du terrorisme.

**5** La décision de suspension de l'enquête doit être motivée par écrit et notifiée à la banque concernée ainsi qu'à la Commission de surveillance. La Commission de surveillance règle la procédure des frais de l'enquête.

**6** Le chargé d'enquête indique à la banque dans sa demande de renseignements les motifs qui le conduisent à ouvrir l'enquête.

**7** Lorsqu'il ressort de l'enquête des violations de la CDB qui ne peuvent être qualifiées de bénignes, le chargé d'enquête transmet le dossier à la Commission de surveillance et lui demande de conduire la procédure de sanctions. La Commission de surveillance prononce une amende conventionnelle appropriée en application de l'art. 11.

**8** Si une banque refuse de participer aux actes d'enquête de la Commission de surveillance ou d'un chargé d'enquête, la Commission de surveillance peut prononcer une amende conventionnelle au sens de l'art. 11 CDB.

**9** Si la banque fautive se soumet à la décision de la Commission de surveillance, la procédure prend fin. Dans l'hypothèse contraire, la procédure arbitrale prévue à l'art. 13 devra être introduite et mener à une décision.

**10** L'ASB définit la procédure d'enquête, la position des chargés d'enquête et celle des banques visées par l'enquête dans un règlement d'enquête. La Commission de surveillance détermine la procédure dans un règlement de procédure et statue sur le paiement des frais.

**11** La Commission de surveillance informe la Commission fédérale des banques de ses décisions. Si elle constate l'existence d'abus de la part de détenteurs de secrets professionnels, la Commission de surveillance peut en outre en informer l'autorité disciplinaire concernée.

**12** Les membres de la Commission de surveillance et les chargés d'enquête sont nommés pour une période de 5 ans. Ils sont rééligibles. La limite d'âge pour la fonction de membre de la Commission de surveillance, de chargé d'enquête et de secrétaire est fixée à 70 ans. Si la limite d'âge est atteinte en cours de mandat, le mandat peut néanmoins être poursuivi jusqu'à son terme.

**13** En tant que mandataires au sens de l'art. 47 de la Loi sur les banques, les membres de la Commission de surveillance, le secrétaire ainsi que les chargés d'enquête sont strictement tenus de garder le secret sur les faits dont ils ont eu connaissance durant la procédure d'enquête et durant la procédure de sanctions. Les banques ne peuvent faire valoir le secret bancaire à l'égard de la Commission de surveillance ou d'un chargé d'enquête.

#### 58 Information périodique

La Commission de surveillance informe périodiquement les banques et le public de sa jurisprudence en respectant le secret bancaire et le secret des affaires.

#### 59 Interprétation de la CDB

La Commission de surveillance peut – d'entente avec le Conseil d'administration de l'ASB – donner aux banques une interprétation de la Convention. Les banques adressent à l'ASB leurs demandes à ce propos.

#### **Art. 13** Procédure arbitrale

**1** Si l'amende conventionnelle fixée par la Commission de surveillance n'est pas acquittée dans le délai imparti, un Tribunal arbitral, dont le siège est à Bâle, rendra, sur plainte de l'ASB contre la banque concernée, une sentence définitive portant sur l'existence d'une violation de la Convention de diligence et, le cas échéant, sur l'amende conventionnelle à prononcer. A cet effet, les banques font élection de for à Bâle.

- 2** L'ASB et la banque nomment chacune un arbitre et les deux arbitres (ainsi désignés) nomment ensemble le sur-arbitre.
- 3** L'instance arbitrale est pendante dès le moment où l'ASB a désigné l'arbitre qu'il lui appartient de nommer.
- 4** Si une partie n'a pas désigné son arbitre dans les 30 jours dès réception de la communication écrite de l'autre partie lui signifiant l'ouverture de la procédure d'arbitrage, ou si les deux arbitres ne sont pas parvenus à un accord sur la nomination du surarbitre dans les 30 jours suivant l'acceptation de leur mandat d'arbitre, le Tribunal d'appel (« Appellationsgericht ») du Canton de Bâle-Ville procédera, à la requête d'une partie, à la nomination.
- 5** Si un arbitre ne peut exercer ses fonctions pour une raison quelconque, la partie qui l'a désigné doit nommer un nouvel arbitre dans les 30 jours; à défaut, le Tribunal d'appel du Canton de Bâle-Ville procédera, sur demande de l'autre partie, à la nomination de l'arbitre.
- 6** Si le sur-arbitre ne peut exercer ses fonctions pour une raison quelconque, les deux arbitres doivent, à nouveau, nommer un sur-arbitre; à défaut d'accord entre eux, le Tribunal d'appel du Canton de Bâle-Ville procédera à la nomination, sur requête de l'une des parties.
- 7** En cas de remplacement d'un arbitre conformément aux al. 5 et 6 CDB, les actes de procédure auxquels ce dernier a participé demeurent valables.
- 8** Sous réserve des dispositions impératives du Concordat suisse sur l'arbitrage et du Code de procédure civile du Canton de Bâle-Ville, les dispositions de ces derniers ne s'appliquent que si les parties ou, à défaut, le Tribunal arbitral n'adoptent pas d'autres règles de procédure. Le principe selon lequel tous les faits et les moyens doivent être invoqués dès le début de la procédure ne s'applique, au plus tôt, que lors du deuxième échange d'écritures (dérogation à la « Eventualmaxime »).
- 9** Le Tribunal arbitral est soumis au même devoir de discrétion que celui prévu à l'art. 12, al. 8 CDB.

**Art. 14** Entrée en vigueur

<sup>1</sup> La présente Convention entre en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2008.

<sup>2</sup> L'ASB et chaque banque signataire sont autorisées à dénoncer la présente Convention moyennant un préavis de trois mois, pour la fin d'une année contractuelle, mais au plus tôt pour le 30 juin 2013.

<sup>3</sup> L'ASB se réserve le droit – après consultation de la Commission fédérale des banques ou à la requête de cette dernière – de porter à la connaissance des banques, des dispositions complémentaires pendant la durée de validité de la Convention (cf. art. 16 LBA).

<sup>4</sup> L'Association suisse des banquiers se réserve le droit de modifier unilatéralement le système de sanctions (art. 11–13 CDB) ou de l'abroger, dans la mesure où de nouvelles prescriptions légales ou l'évolution du droit conduiraient à une accumulation inéquitable de sanctions pour les mêmes faits.

**Art. 15** Dispositions transitoires

<sup>1</sup> Pour les relations d'affaires existantes, il n'est pas nécessaire de remplacer les formulaires A utilisés jusqu'ici par de nouveaux formulaires A ou formulaires T.

<sup>2</sup> Les nouvelles règles relatives à la vérification de l'identité du cocontractant et à l'identification de l'ayant droit économique doivent être appliquées aux nouvelles relations d'affaires établies après l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou lorsque la procédure d'identification de l'ayant droit économique doit être répétée conformément à l'art. 6 CDB. Les nouvelles dispositions s'appliquent aux relations d'affaires déjà existantes lorsqu'elles constituent un allègement par rapport aux anciennes règles.

<sup>3</sup> Les formulaires R existants, lesquels différencient les diverses activités du notaire ou de l'avocat, conservent leur validité après l'entrée en vigueur de la CDB 08 pour l'ensemble des activités protégées par l'art. 321 CPS et ne doivent donc pas être remplacés par de nouveaux formulaires R. Les formulaires R utilisés actuellement conservent également leur validité si le cocontractant se réorganise sous la forme d'une société.

**4** Les nouvelles dispositions du ch. 14 (vérification de l'identité de la personne qui établit la relation d'affaires et prise de connaissance des dispositions régissant le pouvoir d'engager le cocontractant) et du ch. 15, al. 2 (vérification de l'identité de sociétés en constitution) entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2009.

**5** Les nouvelles dispositions relatives à l'éligibilité des membres de la Commission de surveillance, du secrétaire et des chargés d'enquête ne s'appliquent pas aux membres de la Commission de surveillance qui sont actuellement en fonction et qui sont disponibles pour un nouveau mandat dès le 1<sup>er</sup> juillet 2008.

# A

## Identification de l'ayant droit économique (Formulaire A selon art. 3 et 4 CDB)

N° de compte/dépôt :

Cocontractant :

Rubrique éventuelle :

Le cocontractant déclare que la/les personne(s) suivante(s) ou la/les société(s) de personne(s) ou personne(s) morale(s) suivante(s) est/sont l'(les) ayant(s) droit économique(s) des valeurs patrimoniales sur le compte/dépôt précité. Si le cocontractant est le seul ayant droit économique des valeurs patrimoniales, ses données personnelles doivent être indiquées ci-dessous :

Nom, prénom (raison sociale)    Date de naissance    Nationalité    Adresse du domicile/siège    Etat

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Le cocontractant s'engage à communiquer spontanément les modifications à la banque

Date

Signature

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Le fait de remplir intentionnellement ce formulaire de manière erronée est punissable (art. 251 du Code pénal suisse, faux dans les titres : peine privative de liberté jusqu'à 5 ans ou peine pécuniaire).

# R

N° de compte/dépôt :

Cocontractant :

Rubrique éventuelle :

## Déclaration lors de l'ouverture d'un compte ou d'un dépôt

### par un avocat/notaire suisse

Je ne suis pas moi-même l'ayant droit économique des valeurs en compte/dépôt.

J'exerce une activité d'avocat/de notaire et suis soumis à la législation cantonale et fédérale en la matière.

Je suis soumis au secret professionnel protégé par la loi (art. 321 CPS) en ce qui concerne les valeurs en compte/dépôt et le compte/dépôt est exclusivement utilisé dans le cadre de l'activité d'avocat/de notaire.

Date

### par une Etude d'avocats/de notaires suisse organisée en la forme d'une société

Notre Etude d'avocats/de notaires organisée en la forme d'une société n'est pas elle-même l'ayant droit économique des valeurs en compte/dépôt.

Les personnes membres de notre Etude organisée en la forme d'une société exercent une activité d'avocat/de notaire et sont soumis à la législation cantonale et fédérale en la matière.

Notre Etude organisée en la forme d'une société confirme que les avocats/notaires précités sont soumis au secret professionnel protégé par la loi (art. 321 CPS) en ce qui concerne les valeurs en compte/dépôt et que le compte/dépôt est exclusivement utilisé dans le cadre de l'activité d'avocat/de notaire.

Signature(s)

Le fait de remplir intentionnellement ce formulaire de manière erronée est punissable (art. 251 du Code pénal suisse, faux dans les titres : peine privative de liberté jusqu'à 5 ans ou peine pécuniaire).

Ce formulaire ne peut pas être utilisé en relation avec une activité commerciale au sens de l'intermédiation financière.



**T**

N° de compte/dépôt :

Cocontractant :

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Rubrique éventuelle :

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Déclaration lors de l'ouverture d'un compte/dépôt en cas de groupements de personnes ou d'entités patrimoniales pour lesquels il n'existe pas d'ayant droit économique déterminé**

\_\_\_\_\_

Conformément au ch. 43 de la Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 08), le/les soussigné(s), en leur qualité de Trustees, membre(s) du Conseil de la fondation ou membre(s) du Conseil d'administration de la société sous-jacente appartenant au trust ou à la fondation, etc. portant le nom de

\_\_\_\_\_

donne(nt) à la banque, en leur qualité et à leur meilleure connaissance, les informations suivantes :

1. Informations relatives au trust, à la fondation, etc. :

Type d'entité (trust, fondation, etc) : \_\_\_\_\_

2. Informations relatives au(x) settlor(s) (effectif(s) et non pas fiduciaire(s)) :

Nom(s) : \_\_\_\_\_

Prénom(s) : \_\_\_\_\_

Date(s) de naissance : \_\_\_\_\_

Nationalité(s) : \_\_\_\_\_

Adresse(s) de domicile, Etat(s) : \_\_\_\_\_

# T

3. Informations relatives à la/aux personne(s) qui est/ont le/les premier(s) bénéficiaire(s), ou au(x) groupe(s) de personnes pouvant entrer en ligne de compte comme bénéficiaire(s) (par ex. « membres de la famille du settlor »), lorsqu'il n'existe pas d'ayant droit économique déterminé :

Nom(s) : \_\_\_\_\_

Prénom(s) : \_\_\_\_\_

Date(s) de naissance : \_\_\_\_\_

Nationalité(s) : \_\_\_\_\_

Adresse(s) de domicile, Etat(s) : \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

4. Informations relatives au(x) protector(s) et/ou au(x) tiers au bénéfice d'un pouvoir de nomination ou de désignation, pour autant que ce pouvoir permette d'exiger du/des représentant(s) (Trustees, membres du Conseil de la fondation, etc.) qu'il(s) dispose(nt) des valeurs ou qu'il(s) modifie(nt) l'attribution des valeurs ou la désignation des bénéficiaires :

Nom(s) : \_\_\_\_\_

Prénom(s) : \_\_\_\_\_

Date(s) de naissance : \_\_\_\_\_

Nationalité(s) : \_\_\_\_\_

Adresse(s) de domicile, Etat(s) : \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Le(s) soussigné(s) confirme(nt) qu'il(s) est/ont autorisé(s) à ouvrir un compte/dépôt auprès de la banque pour le trust/la fondation, etc.

Le/les soussigné(s) s'engage(nt) à communiquer spontanément les modifications à la banque.

Date

Signature(s)

\_\_\_\_\_

Le fait de remplir intentionnellement ce formulaire de manière erronée est punissable (Art. 251 du Code pénal suisse, faux dans les titres : peine privative de liberté jusqu'à 5 ans ou peine pécuniaire).

# Reglement der Selbstregulierungsorganisation des Schweizerischen Versicherungsverbandes zur Bekämpfung der Geldwäscherei

---

(Reglement SRO-SVV) kurz R SRO-SVV®

**Der Verein der Selbstregulierungsorganisation des Schweizerischen Versicherungsverbandes (nachfolgend SRO-SVV) erlässt gestützt auf Artikel 6 litera e der Statuten der SRO-SVV und das Geldwäschereigesetz (GwG) das folgende Reglement (R SRO-SVV) zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor.**

## Präambel

Das Geldwäschereigesetz regelt die Bekämpfung der Geldwäscherei und die Sicherstellung der Sorgfalt bei Finanzgeschäften. Der Verein Selbstregulierungsorganisation des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SRO-SVV) konstituiert sich mit dem Erlass des vorliegenden Reglements R SRO-SVV als Selbstregulierungsorganisation. Er untersteht der Aufsicht der FINMA.

## 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1 Gegenstand und Geltungsbereich

- 1 Das Reglement SRO-SVV konkretisiert die Pflichten der Versicherungsunternehmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei, insbesondere die Pflichten nach GwG.
- 2 Es gilt für Versicherungsunternehmen, die Finanzintermediäre nach Artikel 2 GwG und Mitglieder der SRO-SVV sind im Umfang ihrer von Artikel 2 GwG erfassten Tätigkeit. Ausgenommen ist die Tätigkeit in den Bereichen der beruflichen Vorsorge, der Säule 3a und der Risikoversicherungen (Versicherungen ohne Sparanteil).
- 3 Die Versicherungsunternehmen sorgen dafür, dass ihre Zweigniederlassungen oder im Versicherungsbereich tätigen Grup-

pengesellschaften im Ausland die grundlegenden Prinzipien des GwG befolgen.

Sie informieren den Vorstand SRO-SVV zuhanden der FINMA, wenn:

- a. lokale Vorschriften der Befolgung der grundlegenden Prinzipien entgegenstehen;
  - b. ihnen daraus ein ernsthafter Wettbewerbsnachteil entsteht;
  - c. die Durchsetzung von Abs. 3 aus gruppeninternen Gründen nicht möglich ist.
- 4 Staatsvertragliche Regelungen mit direkter Anwendbarkeit auf Versicherungsunternehmen bleiben vorbehalten.
- 5 Die Voraussetzungen für den Erwerb und den Verlust der Mitgliedschaft in der SRO-SVV sowie die übrigen aus der Mitgliedschaft resultierenden Rechte und Pflichten der Mitglieder sind in den Vereinsstatuten SRO-SVV geregelt.

## **Art. 2** Begriffe

Es gelten im Reglement R SRO-SVV als:

- a. Konzern  
Als Konzern wird der Zusammenschluss von zwei oder mehreren rechtlich selbständigen Gesellschaften zu einer wirtschaftlichen Einheit unter einheitlicher Leitung verstanden.
- b. Politisch exponierte Personen  
Als politisch exponierte Personen (PEP) gelten Personen mit wichtigen öffentlichen Funktionen im Ausland, namentlich Staats- und Regierungschefs, hohe Politiker auf nationaler Ebene, hohe Funktionäre in Verwaltung, Justiz, Militär und Parteien auf nationaler Ebene und die obersten Organe staatlicher Unternehmen von nationaler Bedeutung sowie Unternehmen und Personen, welche den genannten Personen aus familiären, persönlichen oder geschäftlichen Gründen erkennbar nahe stehen.
- c. Wirtschaftlich berechnete Person  
Als wirtschaftlich berechnete Person gilt jede natürliche oder juristische Person, die tatsächlich, wirtschaftlich be-

trachtet, die Prämien bezahlt oder den Kauf von Anlagefondsanteilen finanziert (Geldgeber).

d. Mitarbeitender

Als Mitarbeitender gilt jede natürliche Person, die mit dem Versicherungsunternehmen durch einen Arbeits-, einen Handelsreisenden- oder einen Agenturvertrag direkt oder durch den Agenturvertrag eines Dritten indirekt verbunden ist, sofern sie hauptberuflich für das betreffende Unternehmen tätig ist. Den Mitarbeitenden des Versicherungsunternehmens gleichgestellt sind die Mitarbeitenden von Geschäftsstellen, Vertretungen oder Konzerngesellschaften des Unternehmens.

e. Vermittler

Als Vermittler gilt jede natürliche oder juristische Person, die für ein Versicherungsunternehmen auf der Grundlage eines Auftrages Versicherungsverträge anbietet, vermittelt oder abschließt.

f. Sitzgesellschaften

Als Sitzgesellschaften gelten Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen einschließlich Familienstiftungen, Trusts oder Treuhandunternehmen, die im Sitzland keinen Handels- oder Fabrikationsbetrieb oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe führen. Als Sitzgesellschaften gelten auch in- und ausländische Unternehmen, die über keine eigenen Geschäftsräume verfügen oder die kein eigenes Personal oder nur Personal für ausschließlich administrative Aufgaben beschäftigen.

Als Sitzgesellschaften gelten auch juristische Personen und Gesellschaften sowie Stiftungen einschließlich Familienstiftungen, welche die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezwecken oder politische, religiöse, wissenschaftliche, künstlerische, gemeinnützige, gesellige oder ähnliche Zwecke verfolgen, sofern das Versicherungsunternehmen feststellt, dass die genannten Zwecke nicht ausschließlich verfolgt werden.

## 2. Kapitel: Sorgfaltspflichten der Versicherungsunternehmen

### 1. Abschnitt: Identifizierung der Vertragspartei

#### **Art. 3** Massgebliche Beträge

- 1 Das Versicherungsunternehmen muss die Vertragspartei identifizieren:
  - a. beim Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages mit Sparanteil, wenn die Einmalprämie oder die periodischen Prämien den Betrag von CHF 25 000.– pro Vertrag innert fünf Jahren übersteigen;
  - b. bei einer Einzahlung von mehr als CHF 25 000.– auf ein Prämienkonto zu Gunsten einer Lebensversicherung mit Sparanteil, sofern noch keine Identifikation erfolgt ist;
  - c. beim Anbieten oder Vertreiben von kollektiven Kapitalanlagen gemäss Kollektivanlagengesetz, KAG, SR 951.31).
- 2 Die Vertragspartei ist in jedem Fall zu identifizieren, wenn Verdachtsmomente für eine mögliche Geldwäscherei im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 GwG vorliegen.

#### **Art. 4** Beweiskräftige Dokumente für natürliche Personen

- 1 Die Identifizierung einer natürlichen Person erfolgt auf Grund:
  - a. eines gültigen amtlichen Ausweispapiers mit Foto und Unterschrift, wenn zwischen der Vertragspartei und einem Mitarbeiter des Versicherungsunternehmens oder einem Vermittler mit einer Delegationsvereinbarung nach Artikel 18 bzw. einem Finanzintermediär nach Artikel 2 GwG ein direkter Kontakt besteht.

Ein seit nicht länger als fünf Jahre abgelaufener schweizerischer Pass gilt als gültiges Identifikationsdokument.  
Der Mitarbeiter bzw. der Vermittler oder Finanzintermediär hält Ausweisart, Ausstellungsnummer, Ausstellungsort, Ausstellungsland und Gültigkeitsdatum des geprüften Ausweispapiers fest oder erstellt eine lesbare Fotokopie.
  - b. einer echtheitsbestätigten Fotokopie eines gültigen amtlichen Ausweispapiers nach litera a, wenn die Geschäftsbeziehung ohne persönlichen Kontakt, namentlich auf dem Korrespondenzweg, telefonisch, elektronisch oder über

einen Vermittler ohne Delegationsvereinbarung nach Artikel 18 zu Stande kommt.

Das Versicherungsunternehmen stellt in diesem Fall die Wohnsitzadresse der Vertragspartei durch Postzustellung oder auf gleichwertige Weise fest.

- c. Anstelle der Identifikation nach litera a und b genügt in beiden Fällen die Zustellung der Versicherungspolice bzw. die Bestätigung der Depotöffnung durch eine in- oder ausländische Poststelle per Einschreiben mit Rückschein oder durch einen Kurierdienst mit Empfangschein, sofern gewährleistet ist, dass die Zustellung an die zu identifizierende Person erfolgt und diese an Hand eines gültigen amtlichen Ausweispapiers nach litera a identifiziert wird.
- 2 Die Bestätigung über die Echtheit der Kopie des Identifikationsdokuments kann ausgestellt werden durch:
    - a. eine Niederlassung, Vertretung oder Konzerngesellschaft des Versicherungsunternehmens;
    - b. einen Notar oder eine andere öffentliche Stelle, die solche Echtheitsbestätigungen üblicherweise ausstellt;
    - c. einen schweizerischen Finanzintermediär nach Artikel 2 GwG oder einen ausländischen Finanzintermediär, der eine Tätigkeit nach Artikel 2 GwG ausübt, sofern er einer gleichwertigen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei untersteht.

#### **Art. 5** Beweiskräftige Dokumente für juristische Personen

- 1 Die Identifizierung einer juristischen Person erfolgt auf Grund eines höchstens zwölf Monate alten Handelsregisterauszuges oder, wenn diese nicht im Handelsregister eingetragen ist, eines gleichwertigen Dokumentes. Dem Handelsregisterauszug gleichgestellt sind Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) und im zentralen Firmenindex des Bundes (ZEFIX) sowie im Teledata.
- 2 Als gleichwertige Dokumente gelten insbesondere:
  - a. die Statuten;
  - b. die Gesellschaftsverträge;
  - c. die Gründungsurkunden;

- d. das letzte Testat der Revisionsstelle, sofern es nicht älter als zwölf Monate ist;
  - e. eine gewerbepolizeiliche Bewilligung.
- 3 Handelt es sich bei der Vertragspartei um eine juristische Person, so muss das Versicherungsunternehmen die Bevollmächtigungsbestimmungen der Vertragspartei zur Kenntnis nehmen und die Identität der Personen überprüfen, die im Namen der juristischen Person den Versicherungsantrag unterzeichnen.

**Art. 6** Fehlen der Identifikationsdokumente

Verfügt die Vertragspartei über keine Identifikationsdokumente im Sinne dieses Reglements, kann die Identität ausnahmsweise an Hand beweiskräftiger Ersatzdokumente festgestellt werden. Beweiskräftige Ersatzdokumente können Bestätigungen von öffentlichen Stellen, ein von der Revisionsstelle unterzeichneter aktueller Geschäftsbericht oder ähnliche Dokumente sein. Die Identifikation durch beweiskräftige Ersatzdokumente ist in einer Aktennotiz zu begründen.

**Art. 7** Ausnahmen von der Identifizierungspflicht

- 1 Die Identifizierung entfällt:
- a. bei einer Änderung des Versicherungsvertrages oder beim Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages, wenn der Versicherungsnehmer schon beim Abschluss eines anderen Versicherungsvertrages identifiziert worden ist;
  - b. wenn die Vertragspartei eine juristische Person ist, die an der Börse kotiert ist;
  - c. wenn die Vertragspartei bereits nach den grundlegenden Prinzipien des GwG innerhalb des Konzerns, dem das Versicherungsunternehmen angehört, identifiziert worden ist;
  - d. wenn der Versicherungsantrag von einem Finanzintermediär, der dem GwG untersteht, entgegengenommen wurde, sofern dieser die Vertragspartei identifiziert und die wirtschaftlich berechnete Person festgestellt hat.
- 2 Verzichtet das Versicherungsunternehmen aus einem dieser Gründe auf die Identifikation der Vertragspartei, hält es den Grund aktenkundig fest. In den Fällen nach Absatz 1 litera a, c und d sind die Dokumente, die der Identifikation zu Grunde liegen, zu den Akten zu legen.



**Art. 8** Wechsel des Versicherungsnehmers  
Wechselt bei einem bestehenden Lebensversicherungsvertrag mit Sparanteil der Versicherungsnehmer, ist der neue Versicherungsnehmer nach Massgabe der Artikel 4–7 zu identifizieren und allenfalls die wirtschaftlich berechnigte Person nach Massgabe der Artikel 9 und 10 festzustellen.

## **2. Abschnitt: Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person**

**Art. 9** Kriterien  
Das Versicherungsunternehmen muss von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung darüber einholen, wer die wirtschaftlich berechnigte Person ist, wenn die Vertragspartei nicht wirtschaftlich berechnigt ist oder daran Zweifel bestehen, insbesondere wenn:

- a. die Vertragspartei sich durch einen bevollmächtigten Dritten vertreten lässt;
- b. die Vertragspartei eine Sitzgesellschaft ist;
- c. zwischen der beantragten Prämiensumme oder der getätigten Überweisung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Vertragspartei ein krasses Missverhältnis besteht;
- d. die Geschäftsbeziehung ohne persönlichen Kontakt im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 litera b aufgenommen wird.

**Art. 10** Erforderliche Angaben  
Die schriftliche Erklärung über die wirtschaftlich berechnigte Person hat Auskunft zu geben über:

- a. deren Namen, Vorname, Adresse, Wohnsitz, Geburtsdatum und Nationalität, wenn es sich um eine natürliche Person handelt;
- b. deren Firma, Domiziladresse, Domizilstaat und Gründungsdatum, wenn es sich um eine juristische Person handelt.

**Art. 11** Feststellung des Zahlungsempfängers und des Anspruchsberechtigten

- 1 Das Versicherungsunternehmen muss vom Versicherungsnehmer die schriftliche Information nach Artikel 10 einholen betreffend:
  - a. den Zahlungsempfänger, wenn die Überweisung der Leistung aus einem Lebensversicherungsvertrag mit Sparanteil den Betrag von CHF 10 000.– übersteigt;
  - b. den Anspruchsberechtigten.
- 2 Die Feststellung des Zahlungsempfängers erübrigt sich, wenn die Versicherungsleistung auf das Konto einer Bank, die der schweizerischen Bankengesetzgebung untersteht, oder der Schweizerischen Post überwiesen wird.

**3. Abschnitt: Besondere Sorgfaltspflichten und Massnahmen**

**Art. 12** Erneute Identifizierung der Vertragspartei oder erneute Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person

Entstehen im Laufe der Geschäftsbeziehung Zweifel an der Identität der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person, wiederholt das Versicherungsunternehmen die Identifizierung der Vertragspartei oder die Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person nach den Artikeln 3–10. Es wiederholt dies insbesondere dann, wenn Zweifel auftreten an:

- a. der Richtigkeit der Angaben über die Identität der Vertragspartei;
- b. der Tatsache, dass die Vertragspartei die wirtschaftlich berechnete Person ist;
- c. der Glaubwürdigkeit der Erklärung der Vertragspartei über die wirtschaftlich berechnete Person;
- d. beim Rückkauf einer Versicherung, wenn die wirtschaftlich berechnete Person nicht identisch ist mit derjenigen im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

**Art. 13**      Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Geldwäscherisiko

- 1 Das Versicherungsunternehmen muss besondere Abklärungen vornehmen, wenn die wirtschaftlichen Hintergründe des Geschäfts oder die Interessenlage der Berechtigten nicht plausibel oder der Vertragsschluss sonst wie ungewöhnlich erscheinen.
- 2 Das Versicherungsunternehmen legt die Kriterien fest, welche auf Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken hinweisen.
- 3 Als Kriterien, welche auf Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken hinweisen, kommen insbesondere in Frage:
  - a. die Vertragspartei will einen Betrag von mehr als CHF 25 000.– in bar einzahlen;
  - a<sup>bis</sup> die Höhe der eingebrachten Vermögenswerte lassen sich nicht mit dem wirtschaftlichen Umfeld, den Kenntnissen und Erfahrungen über die Vertragspartei vereinbaren;
  - b. die Art der verlangten Dienstleistungen oder Produkte (namentlich Wrapper Produkte);
  - b<sup>bis</sup> die Konstruktion des Versicherungsantrages deutet darauf hin, dass ein krimineller Zweck erreicht werden soll;
  - c. Art und Ort der Geschäftstätigkeit der Vertragspartei und/oder des wirtschaftlich Berechtigten;
  - d. der Zweck des Vertragsabschlusses ist wirtschaftlich unsinnig;
  - e. Erteilen einer Vollmacht an eine Person, welche erkennbar nicht in einer genügend engen Beziehung zur Vertragspartei steht;
  - f. Erteilen einer Anweisung, die Versicherungssumme der begünstigten Person bar auszuzahlen;
  - g. die Vertragspartei hat Diskretionsbedürfnisse, die über das branchenübliche Mass hinausgehen, oder es fehlt der persönliche Kontakt;
  - h. die Vertragspartei verlangt zusätzlich zur Versicherungspolice eine Garantieerklärung;
  - i. Eingehen einer Geschäftsbeziehung mit Vermögenseinheiten, an denen keine bestimmte Person wirtschaftlich berechtigt ist, oder mit Personenverbindungen, Trusts und Sitzgesellschaften;
  - k. Eingehen einer Geschäftsbeziehung oder Transaktion in

Verbindung mit natürlichen oder juristischen Personen resp. wirtschaftlich Berechtigten mit Nationalität, Wohnsitz oder Sitz in Ländern, deren Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei den grundlegenden Prinzipien des GWG nicht entsprechen;

- I. Auftreten von Verdachtsmomenten, wonach die Vertragspartei oder die wirtschaftlich berechtigte Person zu einer terroristischen oder einer anderen kriminellen Organisation gehört oder Verbindungen zu Personen hat, welche solchen Organisationen angehören, sie unterstützen oder ihr sonst wie nahe stehen.
- 4 Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen gelten in jedem Fall als Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko.
  - 5 Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken sind zu kennzeichnen.

**Art. 14** Besondere Abklärungen

- 1 Der Finanzintermediär trifft mit angemessenem Aufwand zusätzliche Abklärungen, wenn Geschäftsbeziehungen oder Transaktionen mit erhöhten Risiken gemäss Artikel 13 vorliegen. Abzuklären ist je nach den Umständen namentlich:
  - a. Zweck des Abschlusses des Versicherungsvertrages;
  - a<sup>bis</sup> wirtschaftlich berechtigte Person;
  - a<sup>ter</sup> ob es sich bei der Vertragspartei oder dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person handelt;
  - b. Herkunft der eingebrachten Vermögenswerte und Ursprung des Vermögens der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person;
  - c. berufliche oder wirtschaftliche Tätigkeit der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
  - d. finanzielle Lage der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
  - e. bei juristischen Personen: wer diese beherrscht;
  - f. bei Personenverbindungen, Trusts oder anderen Vermögenseinheiten, an denen keine bestimmte Person wirtschaftlich berechtigt ist: wer diese gegründet oder Zugriff auf deren Urkunden hat;
  - g. Verwendungszweck von Versicherungsleistungen.

- 2 Das Versicherungsunternehmen überprüft die Ergebnisse der besonderen Abklärungen auf ihre Plausibilität hin.

**Art. 15** Verantwortung des obersten Geschäftsführungsorgans

Das oberste Geschäftsführungsorgan oder mindestens eines seiner Mitglieder entscheidet über:

- a. die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit politisch exponierten Personen und über allfällige Änderungen in der Geschäftsbeziehung;
- b. die Anordnung regelmässiger Kontrollen aller Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken sowie deren Auswertung und Ueberwachung. Die Anordnung ist schriftlich festzuhalten. Eine Delegation an die interne Fachstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei ist zulässig. Die Verantwortung bleibt in jedem Fall beim obersten Geschäftsführungsorgan oder bei mindestens einem seiner Mitglieder.

**Art. 16** Dokumentationspflicht

Das Versicherungsunternehmen muss über die getätigten Versicherungsabschlüsse und über die Identifizierungen und Abklärungen nach den Artikeln 4–14 Belege so erstellen, dass es fachkundigen Dritten, insbesondere der Aufsichtsbehörde, möglich ist:

- a. sich ein zuverlässiges Urteil darüber zu bilden, wie das Versicherungsunternehmen den Vorschriften des GwG und des Reglements SRO-SVV nachkommt;
- b. die Identifizierung der Vertragspartei und die Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person zu überprüfen.

**Art. 17** Aufbewahren der Belege

1 Das Versicherungsunternehmen bewahrt während mindestens zehn Jahren nach Ablauf oder Kündigung des Versicherungsvertrages folgende Unterlagen auf:

- a. die Belege über den getätigten Versicherungsabschluss;
- b. die Belege, die zur Identifizierung der Vertragspartei gedient haben;
- c. die Ersatzdokumente und die Aktennotiz nach Artikel 6;
- d. die Akten betreffend den Verzicht auf die Identifikation der Vertragspartei nach Artikel 7 Absatz 2;

- e. die schriftliche Erklärung der Vertragspartei betreffend die wirtschaftlich berechnigte Person nach den Artikeln 9, 10 und 12;
  - f. die Belege, die zur Feststellung der anspruchsberechnigten Person nach Artikel 11 gedient haben;
  - g. die Belege über die besonderen Abklärungen von Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken nach Artikel 14.
- 2 Daten, die im Zusammenhang mit einer Meldung nach Artikel 9 GwG stehen, sind gesondert aufzubewahren. Sie sind zehn Jahre nach erfolgter Meldung an die zuständige Behörde zu vernichten.
  - 3 Die Unterlagen müssen an einem sicheren Ort so aufbewahrt werden, dass das Versicherungsunternehmen Auskunfts- und Beschlagnahmungsbegehren der Strafverfolgungsbehörden innert der auferlegten Frist nachkommen kann. Sie müssen für die dazu ermächtigten Personen jederzeit zugänglich sein.
  - 4 Werden elektronische Informationsträger verwendet, müssen Papierunterlagen nicht aufbewahrt werden. Die Bestimmungen der Verordnung über die Führung und Aufbewahrung der Geschäftsbücher (SR 221.431) sind zu beachten.

**Art. 18** Delegation von Sorgfaltspflichten

- 1 Das Versicherungsunternehmen kann Personen und Unternehmen unter folgenden Bedingungen mit der Identifizierung der Vertragspartei, der Feststellung der wirtschaftlich berechnigten Person sowie mit den besonderen Abklärungspflichten schriftlich beauftragen:
  - a. es stellt sicher, dass die beauftragte Person die Sorgfaltspflichten nach GwG mit derselben Sorgfalt wahrnimmt wie es selbst;
  - b. es instruiert die beauftragte Person über ihre Aufgaben;
  - c. es stellt sicher, dass es die sorgfältige Erfüllung des Auftrages kontrollieren kann.
- 2 Die Weiterdelegation durch die beauftragte Person ist ausgeschlossen.

- 3 Die Dokumentation nach Artikel 16 muss beim Versicherungsunternehmen selbst vorliegen. Sie ist nach Artikel 17 aufzubewahren.
- 4 Das Versicherungsunternehmen überprüft die Ergebnisse der besonderen Abklärungen auf ihre Plausibilität hin.
- 5 Die Delegation der Sorgfaltspflichten an Dritte entbindet das Versicherungsunternehmen nicht von seiner Verantwortung für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nach GwG.

**Art. 19** Meldepflicht

- 1 Das Versicherungsunternehmen trifft eine Meldepflicht nach Artikel 9 GwG.
- 2 Erstattet das Versicherungsunternehmen Meldung nach Artikel 9 GwG, darf die Geschäftsbeziehung nicht mehr abgebrochen werden.
- 3 Die Meldungen nach Artikel 9 GwG erfolgen schriftlich, durch Telefax oder mit A-Post, auf dem von der Meldestelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Meldestelle) abgegebenen Formular ([www.fedpol.admin.ch](http://www.fedpol.admin.ch)).
- 4 Der Finanzintermediär informiert die FINMA über Meldungen an die Meldestelle, die Geschäftsbeziehungen mit bedeutenden Vermögenswerten betreffen, oder wenn aufgrund der Umstände anzunehmen ist, dass der Fall, der zur Meldung führte, Auswirkungen auf den Ruf des Finanzintermediärs oder des Finanzplatzes haben könnte.

**Art. 20** Vermögenssperre und Schweigepflicht

- 1 Das Versicherungsunternehmen muss ihm anvertraute Vermögenswerte, die mit der Meldung an die Meldestelle in Zusammenhang stehen, unverzüglich sperren.
- 2 Die Vermögenssperre ist während der Dauer von fünf Werktagen seit der Meldung nach Artikel 9 GwG aufrechtzuerhalten.

- 3 Während der Dauer der Vermögenssperre darf das Versicherungsunternehmen weder die betroffene Person noch Dritte über die erfolgte Meldung informieren.

**Art. 21** Interne Fachstelle für Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei

- 1 Jedes Versicherungsunternehmen bezeichnet eine interne Fachstelle, der die Überwachung der Vorschriften des GwG und des Reglements SRO-SVV sowie die genügende Ausbildung des Personals in Bezug auf Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei obliegt.

Bei folgenden Tätigkeiten handelt die interne Fachstelle weisungsunabhängig:

- Vornahme zusätzlicher Abklärungen nach Artikel 13;
- Meldungen an die Meldestelle nach Artikel 9 GwG;
- Vermögenssperre nach Artikel 10 GwG.

- 2 Die interne Fachstelle erlässt ein Reglement zur Bekämpfung der Geldwäscherei, welches den betroffenen Mitarbeitern des Versicherungsunternehmens zur Kenntnis zu bringen ist. Das Reglement ist von der obersten Geschäftsführung genehmigen zu lassen.

- 3 Das Reglement bestimmt insbesondere:
  - a. Die Umsetzung der Sorgfaltspflichten nach GwG;
  - b. wie die Risiken, welche eine besondere Abklärung nach Artikel 13 erfordern, begrenzt, erfasst und überwacht werden;
  - c. die Geschäftspolitik hinsichtlich der politisch exponierten Personen;
  - d. die Fälle, in denen das oberste Geschäftsführungsorgan oder mindestens eines seiner Mitglieder einbezogen werden muss;
  - e. die Fälle, in denen die interne Fachstelle beigezogen werden muss;
  - f. die Grundzüge der Ausbildung des Personals;
  - g. die Zuständigkeit für Meldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei.



- 4 Die interne Fachstelle erstattet dem Vorstand SRO-SVV jährlich einen Bericht. Die Berichterstattung erfolgt auf dem hierfür vorgesehenen Formular der Geschäftsstelle SRO-SVV.

**Art. 22** Überwachung der Geschäftsbeziehungen

Das Versicherungsunternehmen stellt mit einer systematischen und angemessenen Risikoüberwachung sicher, dass die Vertragspartei beim Erreichen der maßgeblichen Beträge nach Artikel 3 identifiziert wird und die Risiken ermittelt werden, die eine besondere Abklärung nach Artikel 14 erfordern.

#### **4. Abschnitt: Besondere Bestimmungen für das Auslandgeschäft**

**Art. 23** Versicherungsabkommen Schweiz – Fürstentum Liechtenstein

- 1 Zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein besteht das Abkommen betreffend die Direktversicherung vom 9. Juli 1998 mit Anhang (SR 0.961.514).
- 2 Die Aufsicht über die Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei obliegt bei Niederlassungsgeschäften der Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes, bei Dienstleistungsgeschäften derjenigen des Sitzlandes (Artikel 27 Absatz 1 Anhang zum Abkommen).
- 3 Im Hinblick auf Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei unterliegen Niederlassungsgeschäfte der Gesetzgebung des Tätigkeitslandes, Dienstleistungsgeschäfte derjenigen des Sitzlandes. Die Beträge nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und d des liechtensteinischen Gesetzes vom 26. November 2004 über die beruflichen Sorgfaltspflichten bei Finanzgeschäften (Sorgfaltspflichtgesetz, SPG) gelten auch für Dienstleistungsgeschäfte schweizerischer Versicherungsunternehmen (Artikel 28 Anhang zum Abkommen).

#### **3. Kapitel: Organisation, Kosten und Kontrollen**

**Art. 24** Organisation und Kosten

Die Organisation des Vereins SRO-SVV richtet sich nach den statutarischen Bestimmungen. Die Dienstleistungen des Vereins werden

den Mitgliedern nach Massgabe der von der Vereinsversammlung gefassten Beschlüsse in Rechnung gestellt.

**Art. 25** Kontrolle über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten

- 1 Der Vorstand erlässt gestützt auf Artikel 10 der Statuten ein Kontroll-, Prüf- und Sanktionsreglement (KPS SRO-SVV) und legt darin die erforderlichen internen und externen Kontrollvorgänge, das Sanktionswesen und die entsprechenden Rechtsmittel fest.
- 2 Der Bericht der internen Revisions- oder Kontrollstelle ist dem jährlichen Bericht der internen Fachstelle nach Artikel 21 Absatz 4 beizulegen.
- 3 Verfügt ein Versicherungsunternehmen über keine Revisions- oder Kontrollstelle hält der Vorstand SRO-SVV im Einzelfall fest, welche internen Kontrollen das betreffende Unternehmen einzuhalten hat.

#### **4. Kapitel: Schluss- und Übergangsbestimmungen**

**Art. 26** Inkrafttreten

Das vorliegende, in der Urabstimmung vom Dezember 2010 genehmigte, Reglement tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft und ersetzt mit Wirkung ab diesem Datum das Reglement vom 1. Januar 2008.

**Art. 27** Übergangsbestimmungen

- 1 Für vor dem 1. Januar 2008 abgeschlossene Versicherungsverträge der Säule 3b sind die neuen Bestimmungen des Reglements vom 1. Januar 2008 anzuwenden, falls nach dem 1. Januar 2008 ein solcher Vertrag den Schwellenwert überschreitet, eine Zahlung von über 10000.– Franken fällig wird oder der Versicherungsnehmer ändert.
- 2 Die Versicherungsunternehmen haben ihre Reglemente innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten dieses Reglements an die neuen Vorschriften anzupassen.

# Règlement de l'organisme d'autorégulation de l'Association Suisse d'Assurances pour la lutte contre le blanchiment d'argent

---

(Règlement OA-ASA) en bref R OA-ASA®

**Se fondant sur l'art. 6, lit. e des Statuts de l'OA-ASA et sur la loi sur le blanchiment d'argent (LBA), l'Association organisme d'autorégulation de l'Association Suisse d'Assurances (ci-après OA-ASA) édicte le Règlement suivant (R OA-ASA) pour lutter contre le blanchiment d'argent dans le secteur financier.**

## Préambule

La loi sur le blanchiment d'argent régit la lutte contre le blanchiment d'argent et la vigilance requise en matière d'opérations financières. En édictant le présent Règlement R OA-ASA, l'Association organisme d'autorégulation de l'Association Suisse d'Assurances (OA-ASA) se constitue en organisme d'autorégulation. L'Association est soumise à la surveillance de la FINMA.

## Chapitre premier: Dispositions générales

### Art. 1 Objet et champ d'application

- 1 Le Règlement OA-ASA concrétise les obligations des entreprises d'assurance en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, et notamment les obligations découlant de la LBA.
- 2 Il s'applique aux entreprises d'assurance, qui sont des intermédiaires financiers selon l'art. 2 de la LBA, et aux membres de l'OA-ASA dans les limites de leur activité selon l'art. 2 LBA. Il ne concerne pas l'activité dans les secteurs de la prévoyance professionnelle, du pilier 3a et des assurances de risque pur (assurances sans composante d'épargne).

- 3 Les entreprises d'assurance veillent à ce que leurs succursales à l'étranger ou les sociétés de leur groupe déployant une activité dans le secteur de l'assurance à l'étranger se conforment aux principes fondamentaux de la LBA.

Elles informent le Comité OA-ASA, à l'intention de la FINMA, lorsque :

- a. des dispositions locales empêchent le respect des principes fondamentaux ;
  - b. elles subissent de ce fait un désavantage concurrentiel grave ;
  - c. la mise en œuvre de l'al. 3 n'est pas possible pour des raisons internes du groupe.
- 4 Les dispositions de traités internationaux directement applicables aux entreprises d'assurance sont réservées.
  - 5 Les statuts de l'Association OA-ASA règlent les conditions d'acquisition et de perte du statut de membre de l'Association OA-ASA ainsi que les autres droits et obligations des membres découlant de leur affiliation.

## **Art. 2** Notions

Dans le Règlement R OA-ASA on entend par :

- a. Groupe

Par groupe on entend la réunion de deux ou plusieurs compagnies juridiquement indépendantes pour former une unité économique placée sous une direction unique.

- b. Personnes politiquement exposées

Par personnes politiquement exposées (PPE) on entend les personnes qui occupent des fonctions publiques de premier plan à l'étranger, notamment les chefs d'Etat et de gouvernement, les politiciens de haut rang au niveau national, les hauts fonctionnaires de l'administration, de la justice, de l'armée et des partis au niveau national, les organes suprêmes d'entreprises étatiques d'importance nationale, ainsi que les entreprises et les personnes qui, de manière reconnaissable, sont proches des personnes précitées pour des raisons familiales, personnelles ou d'affaires.

- c. Ayant droit économique.  
Par ayant droit économique on entend toute personne physique ou morale qui, d'un point de vue économique, paie effectivement les primes ou finance l'achat de parts de fonds de placement (bailleur de fonds).
- d. Collaborateur  
Par collaborateur on entend toute personne physique directement liée à l'entreprise d'assurance par un contrat de travail, de voyageur de commerce ou d'agence, ou indirectement par le contrat d'agence d'un tiers dans la mesure où cette personne travaille à temps complet pour ladite entreprise. Les collaborateurs d'agences de représentation ou de sociétés du groupe de l'entreprise sont assimilés aux collaborateurs de l'entreprise d'assurance.
- e. Intermédiaire  
Par intermédiaire on entend toute personne physique ou morale qui propose, procure ou conclut des contrats d'assurance pour une entreprise d'assurance sur base d'un mandat.
- f. Sociétés de domicile  
Par sociétés de domicile on entend les sociétés, établissements, fondations, y compris les fondations de famille, trusts ou organisations fiduciaires qui n'exercent pas dans l'Etat de leur siège une activité de commerce ou de fabrication, ou une autre activité exploitée en la forme commerciale. Par sociétés de domicile on entend aussi les entreprises indigènes et étrangères qui ne disposent pas de leurs propres locaux, qui n'emploient pas leur propre personnel ou dont le personnel est exclusivement affecté à des tâches administratives.

Les personnes morales et les sociétés ainsi que les fondations, y compris les fondations de famille qui ont pour but de sauvegarder les intérêts de leurs membres par une action commune ou qui poursuivent des buts politiques, religieux, scientifiques, artistiques, d'utilité publique, de société ou des buts analogues, sont aussi considérées comme sociétés de domicile, dans la mesure où l'entreprise

d'assurance constate que les buts mentionnés ne sont pas les seuls à atteindre.

## **Chapitre 2 : Obligations de diligence des entreprises d'assurance**

### **Section 1 : Identification du cocontractant**

#### **Art. 3** Montants déterminants

- 1 L'entreprise d'assurance doit vérifier l'identité du cocontractant :
  - a. lors de la souscription d'un contrat d'assurance-vie avec composante d'épargne si la prime unique ou les primes périodiques excèdent le montant de CHF 25 000.– par contrat en cinq ans ;
  - b. lors d'un versement excédant CHF 25 000.– effectué sur un compte de primes afférent à une assurance-vie avec composante d'épargne s'il n'a pas encore été procédé à une identification ;
  - c. lors de la vente ou de la distribution de parts de fonds de placement de capitaux collectifs selon la loi sur les placements collectifs de capitaux (LPCC RS 951.31).
- 2 L'identité du cocontractant doit toujours être vérifiée lorsqu'il y a des indices de blanchiment d'argent au sens de l'art. 3, al. 4 de la LBA.

#### **Art. 4** Documents probants pour les personnes physiques

- 1 L'identité d'une personne physique est vérifiée au moyen :
  - a. d'une pièce d'identité officielle valable, munie d'une photo et d'une signature, lorsqu'il y a contact direct entre le cocontractant et un collaborateur de l'entreprise d'assurance ou avec un intermédiaire au bénéfice d'une convention de délégation selon l'art. 18, ou avec un intermédiaire financier selon l'art. 2 LBA.

Un passeport suisse périmé depuis moins de cinq ans est reconnu comme document d'identification valable.

Le collaborateur, l'intermédiaire ou l'intermédiaire financier consigne le type de pièce d'identité, le numéro de délivrance, le lieu d'émission, le pays d'émission et la durée de

validité de la pièce d'identité contrôlée ou en établit une photocopie lisible ;

- b. d'une copie certifiée conforme d'une pièce d'identité officielle valable selon lit. a lorsque la relation d'affaires s'établit sans contact personnel, à savoir par correspondance, par téléphone, par voie électronique ou par un intermédiaire qui n'est pas au bénéfice d'une convention de délégation selon l'art. 18.

Dans ce cas, l'entreprise d'assurance vérifie l'adresse de domicile du cocontractant par un échange de correspondance ou un autre moyen adéquat ;

- c. en lieu et place de l'identification selon lit. a et b, il suffit, dans les deux cas, de faire distribuer la police d'assurance ou la confirmation de l'ouverture du dépôt par un bureau de poste du pays ou étranger sous pli recommandé avec accusé de réception, ou par un service de messagerie avec accusé de réception, pour autant qu'il soit garanti que le courrier parvient à la personne à identifier et que celle-ci soit identifiée à l'aide d'une pièce d'identité officielle valable selon lit. a.

2 L'authenticité de la copie du document d'identification peut être confirmée par :

- a. une succursale, une représentation ou une compagnie du groupe de l'entreprise d'assurance ;
- b. un notaire ou un autre organisme public qui délivre habituellement de telles attestations d'authenticité ;
- c. un intermédiaire financier suisse au sens de l'art. 2 de la LBA ou un intermédiaire financier étranger qui exerce une activité selon l'art. 2 de la LBA, pour autant qu'il soit soumis à une surveillance et à une réglementation équivalentes en matière de lutte contre le blanchiment d'argent.

#### **Art. 5** Documents probants pour les personnes morales

- 1 L'identité d'une personne morale est vérifiée au moyen d'un extrait du registre du commerce datant de douze mois au plus ou, si celle-ci n'est pas inscrite au registre du commerce, au moyen d'un document équivalent. Les publications dans la Feuille officielle suisse du commerce (FOSC), dans l'Index central des raisons de commerce de la Confédération (ZEFIX) ainsi que dans Teledata, sont assimilées aux extraits du registre du commerce.

- 2 Sont notamment considérés comme documents équivalents :
  - a. les statuts ;
  - b. les contrats de société ;
  - c. les actes de fondation ;
  - d. la dernière attestation de l'organe de révision, pour autant qu'elle ne date pas de plus de douze mois ;
  - e. une autorisation de la police du commerce.
  
- 3 Si le cocotant est une personne morale, l'entreprise d'assurance doit prendre connaissance des dispositions de la pro-curation du cocontractant et vérifier l'identité des personnes qui signent la proposition d'assurance au nom de la personne morale.

**Art. 6** Absence de documents d'identification

Si le cocontractant ne dispose d'aucun document permettant la vérification de son identité au sens du présent Règlement, son identité peut, exceptionnellement, être vérifiée sur la base d'autres documents probants. Les confirmations de services officiels, un rap-port de gestion actuel signé par l'organe de révision ou des docu-ments similaires peuvent tenir lieu de documents de remplacement probants. Cette identification à l'aide de documents de remplace-ment probants doit être motivée dans une note à verser au dossier.

**Art. 7** Dérogation à l'obligation d'identification

- 1 Il n'est pas nécessaire de vérifier l'identité du cocontractant :
  - a. lors de la modification du contrat d'assurance ou de la conclusion d'un nouveau contrat d'assurance si l'identité du preneur d'assurance a déjà été vérifiée lors de la conclusion d'un autre contrat d'assurance ;
  - b. lorsque le cocontractant est une personne morale cotée en bourse ;
  - c. lorsque l'identité du cocontractant a déjà été vérifiée selon les principes fondamentaux de la LBA au sein du groupe auquel appartient l'établissement d'assurance ;
  - d. lorsque la proposition d'assurance a été reçue par un inter-médiaire financier soumis à la LBA, dans la mesure où cet intermédiaire financier a déjà vérifié l'identité du cocontrac-tant et a identifié l'ayant droit économique.



- 2 Si l'entreprise d'assurance renonce à vérifier l'identité du cocontractant en vertu d'un de ces motifs, elle en indiquera le motif dans le dossier. Dans les cas mentionnés à l'alinéa 1, lit. a, c et d, les documents ayant servi à la première vérification d'identité seront joints au dossier.

**Art. 8**                    Changement du preneur d'assurance

Si le preneur d'une assurance-vie avec composante d'épargne en cours change, l'identité du nouveau preneur d'assurance sera vérifiée selon les art. 4 à 7 et, le cas échéant, l'ayant droit économique sera identifié conformément aux art. 9 et 10.

**Section 2: Identification de l'ayant droit économique**

**Art. 9**                    Indices

L'entreprise d'assurance doit requérir du cocontractant une déclaration écrite désignant l'ayant droit économique, si le cocontractant n'est pas l'ayant droit économique ou qu'il y a un doute à ce sujet, en particulier lorsque :

- a. le cocontractant se fait représenter par un tiers muni de pouvoirs;
- b. le cocontractant est une société de domicile;
- c. il y a disproportion manifeste entre la valeur de l'assurance proposée ou le versement effectué et la situation économique du cocontractant;
- d. la relation d'affaires a été établie sans contact personnel au sens de l'art. 4, al. 1, lit. b.

**Art. 10**                  Informations requises

La déclaration écrite concernant l'ayant droit économique doit indiquer :

- a. le nom, le prénom, l'adresse, le domicile, la date de naissance et la nationalité de l'ayant droit économique s'il s'agit d'une personne physique;
- b. la raison sociale, l'adresse et le pays du siège social, ainsi que la date de fondation s'il s'agit d'une personne morale.

**Art. 11** Identification du destinataire du versement et de l'ayant droit

- 1 L'entreprise d'assurance doit requérir également du preneur d'assurance une information écrite au sens de l'art. 10 en ce qui concerne:
  - a. le destinataire du versement lorsque le versement de la prestation d'un contrat d'assurance-vie avec composante d'épargne excède le montant de CHF 10 000.–;
  - b. l'ayant droit.
- 2 L'identification du destinataire du versement n'est pas nécessaire lorsque la prestation d'assurance est versée sur le compte d'une banque soumise à la législation suisse sur les banques ou sur un compte de La Poste Suisse.

**Section 3: Obligations de diligence et mesures particulières**

**Art. 12** Renouvellement de l'identification du cocontractant ou renouvellement de l'identification de l'ayant droit économique

Lorsque, au cours de la relation d'affaires, des doutes surviennent quant à l'identité du cocontractant ou de l'ayant droit économique, l'entreprise d'assurance renouvelle la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'ayant droit économique selon les art. 3 à 10. Elle procède à ce renouvellement notamment si survient un doute :

- a. sur l'exactitude des indications données sur l'identité du cocontractant;
- b. sur le fait que le cocontractant soit l'ayant droit économique;
- c. sur la crédibilité de la déclaration du cocontractant au sujet de l'ayant droit économique;
- d. lors du rachat d'un contrat d'assurance, si l'ayant droit économique n'est pas la même personne que lors de la conclusion du contrat.

**Art. 13** Relations d'affaires comportant un risque accru de blanchiment d'argent

- 1 L'entreprise d'assurance doit procéder à des clarifications particulières lorsque l'arrière-plan économique d'une affaire ou les

intérêts des ayants droit ne sont pas plausibles ou si la conclusion du contrat paraît inhabituelle.

- 2 L'entreprise d'assurance établit les critères qui laissent supposer qu'il s'agit de relations d'affaires comportant des risques accrus.
- 3 Les critères suivants entrent notamment en considération afin de permettre de détecter des relations d'affaires présentant un risque accru :
  - a. le cocontractant entend verser en espèces un montant excédant CHF 25 000.– ;
  - a<sup>bis</sup> le montant des valeurs patrimoniales ne concorde pas avec le contexte économique, ce que l'on connaît et ce que l'on a appris du cocontractant ;
  - b. le genre des prestations de service ou des produits exigés (les produits Wrapper notamment) ;
  - b<sup>bis</sup> la construction de la proposition d'assurance laisse augurer qu'un objectif criminel est visé ;
  - c. le genre et le lieu de l'activité commerciale du cocontractant et/ou de l'ayant droit économique ;
  - d. le but de la conclusion du contrat est économiquement insensé ;
  - e. une procuration est donnée à une personne qui n'a manifestement pas une relation suffisamment étroite avec le cocontractant ;
  - f. instruction est donnée de verser en espèces le capital assuré à la personne désignée comme bénéficiaire ;
  - g. le cocontractant a, en matière de discrétion, des exigences qui vont au-delà de ce qui est usuel dans la branche ou il n'y a pas de contact personnel ;
  - h. le cocontractant exige une déclaration de garantie en plus de la police d'assurance ;
  - i. la conclusion d'une relation d'affaires comportant des valeurs patrimoniales dont aucune personne déterminée n'est l'ayant droit économique ou avec des associations de personnes, des trusts ou des sociétés de domicile ;
  - k. la conclusion d'une relation d'affaires ou transaction en relation avec des personnes physiques ou morales, respectivement des ayants droit économique ayant la nationalité,

le domicile ou le siège dans des pays dont les mesures pour la lutte contre le blanchiment d'argent ne correspondent pas aux principes fondamentaux de la LBA ;

- I. l'apparition d'indices selon lesquels le cocontractant ou l'ayant droit économique fait partie d'une organisation terroriste ou d'une autre organisation criminelle ou a des relations avec des personnes appartenant à de telles organisations, les soutient ou leur est proche d'une manière ou de l'autre.
- 4 Les relations d'affaires avec des personnes politiquement exposées sont en tout cas considérées comme relations d'affaires comportant un risque accru.
  - 5 Les relations d'affaires comportant un risque accru doivent être pourvues d'une mention distinctive.

**Art. 14** Clarifications particulières

- 1 L'intermédiaire financier procède, en engageant des frais raisonnables, à des éclaircissements supplémentaires s'il se trouve en présence de relations d'affaires ou de transactions comportant un risque accru selon l'art. 13. Selon les circonstances, il y a notamment lieu de tirer au clair :
  - a. le but de la conclusion du contrat d'assurance;
  - a<sup>bis</sup> quel est l'ayant droit économique ;
  - a<sup>ter</sup> si le cocontractant ou l'ayant droit économique est une personne politiquement exposée ;
  - b. la provenance des valeurs patrimoniales déposées et l'origine des fonds du cocontractant ou de l'ayant droit économique ;
  - c. l'activité professionnelle ou commerciale du cocontractant et de l'ayant droit économique ;
  - d. la situation financière du cocontractant et de l'ayant droit économique ;
  - e. pour les personnes morales : de qui elles dépendent ;
  - f. pour les organisations corporatives, les trusts et autres entités patrimoniales dont aucune personne déterminée n'est l'ayant droit économique : la personne qui les a créés ou qui a accès à leurs actes officiels ;
  - g. la destination des prestations d'assurance.

- 2 L'entreprise d'assurance contrôle les résultats des clarifications particulières quant à leur plausibilité.

**Art. 15** Responsabilité de l'organe suprême de direction  
L'organe suprême de direction ou l'un de ses membres au moins décide :

- a. d'établir ou de modifier éventuellement une relation d'affaires avec des personnes politiquement exposées ;
- b. d'ordonner des contrôles réguliers de toutes les relations d'affaires présentant des risques accrus ainsi que leur évaluation et leur surveillance. L'ordre doit être donné par écrit. Une délégation au service interne spécialisé de lutte contre le blanchiment d'argent est autorisée. De toute façon, la responsabilité incombe à l'organe suprême de direction ou pour le moins à l'un de ses membres.

**Art. 16** Obligation d'établir des documents  
L'établissement d'assurance doit établir des documents relatifs à la souscription des contrats d'assurance, aux identifications et aux clarifications effectuées selon les art. 4 à 14, de manière à ce que des tiers experts en la matière, en particulier l'Autorité de surveillance, puissent :

- a. se faire une idée objective de la façon dont l'entreprise d'assurance respecte les obligations prévues par la LBA et le Règlement de l'OA-ASA ;
- b. contrôler l'identification du cocontractant et de l'ayant droit économique.

**Art. 17** Conservation des documents

- 1 L'entreprise d'assurance conserve pendant au moins dix ans à compter de la date d'échéance ou de résiliation du contrat d'assurance :
  - a. les documents relatifs à la conclusion du contrat d'assurance ;
  - b. les documents ayant servi à l'identification du cocontractant ;
  - c. les documents de remplacement et la note à verser au dossier selon l'art. 6 ;
  - d. les documents relatifs à la renonciation de l'identification du cocontractant selon l'art. 7, al. 2 ;
  - e. la déclaration écrite du cocontractant concernant l'ayant droit économique selon les art. 9, 10 et 12 ;

- f. les documents ayant servi à identifier l'ayant droit selon l'art. 11 ;
  - g. les documents relatifs aux informations requises lors de la clarification des relations d'affaires comportant des risques accrus selon l'art. 14.
- 2 Les données qui sont en relation avec une communication effectuée en vertu de l'art. 9 LBA sont conservées séparément. Elles sont détruites dix ans après avoir été communiquées à l'autorité compétente.
  - 3 Les documents sont conservés dans un endroit sûr et de manière que l'entreprise d'assurance puisse donner suite à une demande d'information ou de séquestre présentée par les autorités de poursuite pénale dans le délai imparti. Les documents doivent être en tout temps accessibles aux personnes autorisées.
  - 4 Si des supports d'information électroniques sont utilisés, les documents sur papier ne doivent pas être conservés. Il y a lieu d'observer les dispositions de l'Ordonnance concernant la tenue et la conservation des livres de comptes (RS 221.431).

**Art. 18** Délégation des obligations de diligence

- 1 L'entreprise d'assurance peut, sur la base d'une convention écrite, charger des personnes ou des entreprises de vérifier l'identité du cocontractant, d'identifier l'ayant droit économique, et de remplir des obligations particulières de clarification aux conditions suivantes :
  - a. elle s'assure que la personne mandatée observe les obligations de diligence selon la LBA avec la même diligence qu'elle-même ;
  - b. elle instruit la personne mandatée sur les tâches qui lui incombent ;
  - c. elle veille à pouvoir contrôler l'exécution scrupuleuse du mandat.
- 2 La personne mandatée ne peut sous-déléguer son mandat.

- 3 Les documents selon l'art. 16 doivent être déposés auprès de l'entreprise d'assurance elle-même et doivent être conservés conformément à l'art. 17.
- 4 L'entreprise d'assurance contrôle la plausibilité des résultats des clarifications particulières.
- 5 La délégation des obligations de diligence à un tiers ne dégage pas l'entreprise d'assurance de sa responsabilité concernant le respect des obligations de diligence selon la LBA.

**Art. 19** Obligation de communiquer

- 1 L'entreprise d'assurance assume une obligation de communiquer selon l'art. 9 de la LBA.
- 2 Si l'entreprise d'assurance informe le Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent conformément à l'art. 9 de la LBA, la relation d'affaires ne peut plus être rompue.
- 3 Les communications prévues par l'art. 9 LBA s'effectuent par écrit, que ce soit par fax ou par Poste A sur le formulaire remis par le Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent (Bureau de communication) ([www.fedpol.admin.ch](http://www.fedpol.admin.ch)).
- 4 L'intermédiaire financier informe la FINMA des annonces faites au Bureau de communication qui concernent des relations d'affaires présentant d'importantes valeurs patrimoniales ou s'il faut supposer que le cas ayant donné lieu à l'annonce pourrait avoir des incidences sur la réputation de l'intermédiaire financier ou de la place financière.

**Art. 20** Blocage des avoirs et obligation de conserver le secret

- 1 L'entreprise d'assurance doit bloquer immédiatement les valeurs patrimoniales qui lui sont confiées si elles ont un lien avec les informations communiquées au Bureau de communication.
- 2 Le blocage des avoirs est maintenu durant cinq jours ouvrables à compter du moment où l'information a été donnée selon l'art. 9 de la LBA.

- 3 Tant que dure le blocage des avoirs, l'entreprise d'assurance ne doit informer ni les personnes concernées ni des tiers de la communication qu'elle a faite.

**Art. 21** Service interne spécialisé chargé des mesures en matière de lutte contre le blanchiment d'argent

- 1 Chaque entreprise d'assurance désigne un service interne spécialisé chargé de surveiller l'application des dispositions de la LBA et du Règlement OA-ASA et de veiller à la formation suffisante du personnel en matière de mesures de lutte contre le blanchiment d'argent.

Ce service interne agit sans directives pour les activités suivantes :

- procéder à des clarifications complémentaires selon l'art. 13
- informer le Bureau de communication selon l'art. 9 de la LBA
- bloquer des avoirs selon l'art. 10 de la LBA.

- 2 Le service interne édicte un règlement pour la lutte contre le blanchiment d'argent. Ce règlement doit être porté à la connaissance des collaborateurs concernés de l'entreprise d'assurance. Il doit être approuvé par l'organe suprême de direction.
- 3 Le règlement détermine en particulier :
  - a. la mise en œuvre des obligations de diligence selon la LBA ;
  - b. la manière dont les risques nécessitant une clarification particulière selon l'art. 13 sont recensés, limités et surveillés ;
  - c. la politique de l'entreprise concernant les personnes politiquement exposées ;
  - d. les cas dans lesquels l'organe suprême de direction ou l'un de ses membres pour le moins doit être impliqué ;
  - e. les cas dans lesquels le service interne doit intervenir ;
  - f. les principes de formation du personnel ;
  - g. la compétence pour les annonces à faire au Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent.
- 4 Le service interne fait chaque année rapport au comité de l'OA-ASA. Ce rapport s'établit sur le formulaire prévu à cet effet par le secrétariat de l'OA-ASA.



**Art. 22** Surveillance des relations d'affaires

L'entreprise d'assurance s'assure, par une surveillance systématique adéquate des risques, que l'identité du cocontractant est vérifiée lorsque les montants déterminants selon l'art. 3 sont atteints et que les risques qui demandent une clarification particulière selon l'art. 14 sont déterminés.

**Section 4 : Dispositions particulières pour les affaires avec l'étranger**

**Art. 23** Accord d'assurance Suisse – Principauté de Liechtenstein

- 1 La Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein ont passé un accord sur l'assurance directe entré en vigueur le 9 juillet 1998 avec annexe (RS 0.961.514).
- 2 La surveillance des mesures pour la lutte contre le blanchiment d'argent incombe pour les succursales à l'Autorité de surveillance du pays où s'exerce l'activité et à l'Autorité de surveillance du pays du siège pour les opérations de services (art. 27, al. 1 de l'annexe à l'Accord).
- 3 En ce qui concerne les mesures pour la lutte contre le blanchiment d'argent, les succursales sont soumises à la législation du pays où s'exerce leur activité, tandis que les opérations de services dépendent de la législation du pays du siège. Les montants indiqués à l'art. 6, al. 1, lit. c et d de la loi liechtensteinoise du 26 novembre 2004 afférents aux obligations de diligence en matière d'opérations financières (Sorgfaltspflichtgesetz, SPG) s'appliquent aussi aux opérations de services d'entreprises suisses (art. 28 de l'annexe à l'Accord).

**Chapitre 3 : Organisation, frais et contrôles**

**Art. 24** Organisation et frais

L'organisation de l'Association OA-ASA est déterminée par les dispositions statutaires. Les services de l'Association sont facturés aux membres selon les décisions prises par l'assemblée de l'Association.

**Art. 25** Contrôle de l'observation des devoirs de diligence

- 1 Se fondant sur l'article 10 des statuts, le comité édicte un règlement d'audit, de contrôle et de sanctions (ACS OA-ASA), et y fixe les processus internes et externes requis, le système de sanctions et les voies de droit correspondantes.
- 2 Le rapport de l'organe interne de révision ou de contrôle doit être annexé au rapport annuel du service interne spécialisé selon l'art. 21, al. 4.
- 3 Si une entreprise d'assurance ne dispose d'aucun organe de révision ou de contrôle, le comité de l'OA-ASA fixe, de cas en cas, les obligations de contrôle interne que l'entreprise en question doit observer.

**Chapitre 4 : Dispositions finales et transitoires**

**Art. 26** Entrée en vigueur

Le présent Règlement approuvé par vote par voie de circulaire de décembre 2010 entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2011 et remplace dès cette date le Règlement du 1<sup>er</sup> janvier 2008.

**Art. 27** Dispositions transitoires

- 1 Pour les contrats d'assurance du pilier 3b conclus avant le 1<sup>er</sup> janvier 2008, ce sont les nouvelles dispositions du Règlement du 1<sup>er</sup> janvier 2008 qui sont applicables si, après le 1<sup>er</sup> janvier 2008, un tel contrat dépasse la valeur-seuil, si un paiement de plus de 10000.– francs devient exigible ou si le preneur d'assurance change.
- 2 Les entreprises d'assurance sont tenues d'adapter leurs règlements aux nouvelles dispositions dans un délai de six mois à compter de l'entrée en vigueur du présent Règlement.